

**Annoncen-
Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei Knapoth (G. H. Krici & Co.)
Breitstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedbrichs-Gr. 4;
in Grätz bei Herrn F. Strisand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hanslein & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Eschscholch;
in Breslau: Emil Kahlh.

Nr. 12.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 2½ Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 8. Januar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigehaltene Zeilen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Posen-Bromberg.

Wie unglaublich schlecht die Eisenbahn Posen-Bromberg ihre Aufgabe erfüllt, davon können wir als ein drastisches Beispiel die Thatsache anführen, daß die hiesige Postbehörde vom 1. d. M. ab ihre Sendungen wiederum über Kreuz nach Bromberg befördern läßt, weil auf diesem Wege, welcher, über 31 Meilen lang ist, die Posten **eben** ankommen als auf der 11 Meilen kürzeren Bahn, welche die Eigentümerin der Oberschlesischen Eisenbahn zwischen Posen und Bromberg errichtet hat. So lange diese Bahn besteht, ertönen fortwährend Klagen über die ungünstigen Fahrzeiten, ebenso wie in Posen und Bromberg klagt man in den Orten an der Route, wo die Abfahrts- und Ankunftszeiten so ungünstig sind, daß die Bewohner der einen Stadt, welche die Nachbarstadt besuchen, nicht an demselben Tage zurückkehren können. Die Kaufmannschaft von Inowracław hat wegen dieser Betriebsmängel vergeblich eine Beschwerde an die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft gerichtet, und irren wir nicht, so haben die Kaufleute in Gnesen einen gleichen Schritt gethan — mit gleicher Erfolglosigkeit. Wir wissen sehr wohl, daß die zweckmäßige Feststellung der Lüge keine leichte Sache ist, indessen glauben wir, daß sie nur dadurch so schwierig wird, wenn man auf gewisse Routen alle nur mögliche, auf die anderen so gut wie gar keine Rücksicht nimmt, und daß zu den letzteren die Routen in der Provinz Posen gehören, darf uns kaum wundern, da wir doch fast immer das Nachsehen haben müssen. Anstatt unsere Provinz, weil sie noch in vielen Beziehungen zurück geblieben ist, vor Allem zu begünstigen, herrscht allenthalben die Gewohnheit, ihr die Ueberreste zu lassen. Wundern müssen wir uns nur, daß eine königliche Behörde, wie die Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn, das Interesse nicht begreift, welches der Staat daran haben muß, alles zu fördern, was der Entwicklung unserer Provinz dient. Uebrigens geht hier das Staatsinteresse, das Interesse des Publikums und das Privatinteresse der Aktionäre Hand in Hand, denn der Verkehr auf dieser Route, welcher schon jetzt nicht unbeträchtlich ist, würde ganz unvergleichlich stärker werden, wenn die Uebelstände des Bahnverkehrs in einer den Wünschen des Publikums entsprechenden Weise Abhilfe fänden.

Die Gesellschaft der ober-schlesischen Bahn besitzt in unserer Provinz drei ausgedehnte Schienenwege: Posen-Breslau, Posen-Kreuz, Posen-Bromberg, etwa 45 Meilen Eisenbahn hat sie in unserer Provinz angelegt, und sie war es, die uns jetzt die Postommode ins Land brachte, aber trotzdem hat diese Gesellschaft beim Publikum keine Sympathie erringen können; man würde wenig dagegen einwenden, daß sie ein Monopol erstrebt und lange Zeit, indem sie maßgebende Personen an ihre Interessen zu knüpfen wußte, auch befaßt hat; man würde es auch nicht zu hoch anschlagen, daß diese ihre privilegierte Stellung vielfach die Herstellung neuer Bahnen verhindert hat, aber es muß allgemeinem Unwillen erregen, daß die Bahnverwaltung den Wünschen des Publikums gegenüber sich so wenig zugänglich zeigt und ihr faktisches Monopol in wahrhaft absolutistischer Weise gebraucht. Auch ist das Verhalten der ober-schlesischen Bahn gegen die märkisch-posener noch im allgemeinen Gedächtnis. Kein Wunder, daß die Herstellung von Konkurrenzbahnen hier mit allgemeiner Befriedigung begrüßt wird. Wir dürfen hoffen, daß so wie die Konkurrenz der märkisch-posener Bahn bereits darauf hingewirkt hat, einige Uebelstände auf der Bahn Posen-Kreuz abzustellen, auch die Bahn Posen-Gnesen mit ihrer Fortsetzung nach Bromberg und die Bahn Posen-Kreuzburg die Willfährigkeit der ober-schlesischen Bahnverwaltung den Wünschen des Publikums entgegen zu kommen, erhöhen wird.

Deutschland.

△ Berlin, 7. Januar. Die Mittheilung, daß die beiden wichtigsten (?) Gesekentwürfe auf dem kirchenpolitischen Gebiet im Staatsministerium schon zur Erledigung gelangt seien, bestätigt sich vollkommen. Beide Entwürfe sind vom Staatsministerium einmüthig genehmigt worden und es fehlt nur noch die Allerhöchste Ermächtigung, um sie beim Landtage einzubringen. Es sind somit jetzt bereits drei der gedachten Richtung angehörige Gesekentwürfe für die Beratung im Landtage reif: das schon früher eingebrachte Gesetz über die Grenzen des Rechts zu kirchlichen Strafmitteln, und die nunmehr fertigen Gesekentwürfe über die geistliche Disziplinargewalt und die Ausbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen. Nach Allem, was man über den Inhalt und die Fassung dieser beiden Gesetze erfährt, dürften sie geeignet sein, den Beweis zu liefern, daß das neue Ministerium keine neuen Wege einzuschlagen gesonnen ist, sondern in der Richtung der Bismarckschen Politik weiter zu streben beabsichtigt. Was nun die Wirkung der drei Gesetze betrifft, so wird sich dieselbe allerdings bei dem letztgenannten Gesetze erst in der Zukunft erweisen können, dagegen werden die beiden anderen Gesetze unmittelbar von segensreichen Folgen sein, indem sie einerseits den Laien, andererseits den niederen Klerus Schutz gegen die Annahmen geistlicher Gewalt geben werden. — Ich weiß nicht, ob Sie Notiz genommen haben von einer Mittheilung der Königsberger „Fortung'schen Zeitung“, nach welcher zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck Erörterungen über angebliche Unterstüßung ultramontaner Agitation von hoher Stelle stattgefunden haben. (Wir haben die ganze Erzählung in unserer gestrigen Hauptnummer als eine Fabel bezeichnet. — Red. der Pos. Ztg.) Auf Grund der zuverlässigsten Mittheilungen kann ich versichern, daß die Angaben über eine derartige Unterredung irrig sind und daß die dem Kaiser in den Mund gelegten oder ähnliche Worte von Seiten Sr. Majestät niemals gesagt worden sind.

△ Berlin, 7. Januar. Kaiser erwarb sich heute ein Verdienst, indem er gleich nach Eröffnung der Sitzung bei der Beratung über

den Etat des Ministeriums des Innern den stattgehabten Ministerwechsel zur Sprache brachte. Die Führer aller Parteien nahmen lachend der Diskussion zuhörten. Für die neue Partei der konservativen Landräthe, Polizeipräsidenten und Staatsanwälte sprach Herr Heise seine Verwunderung aus, daß man die Alte der souveränen Krone nicht ruhig und ohne Kritik annehme, ein Standpunkt, den selbst ein Minister Eulenburg nicht vertrat und auch nicht vertreten konnte, weil ja auch zur Ministerernennung die Krone der Mitwirkung eines für die Ernennungen verantwortlichen Ministers bedarf. Von den anderen Rednern erwies sich Windthorst von seinem liberalen Standpunkt aus in der Beurtheilung des Ministerwechsels noch am Wohlwollendsten. Er enthält sich natürlich, indem er jesuitisch nach Oben blinzelt, jeder Aeußerung über Personen, er glaubt es bleibt Alles beim Alten, obwohl er nicht umhin kann auf den 21. Dezember als den Tag der Sonnenwende anzuspielen. Bei seinem Ausspruch: „Es ist Zeit die organische Einrichtung des Ministeriums in das Auge zu fassen“, fand er namentlich auf den Bänken der Fortschrittspartei lebhaften Beifall. Der konservativ-kardorff sprach einige nichtsagende Worte, meinte aber doch, das Ministerium unterschätze das Mißtrauen im Lande. Bismarck's Rede war nicht ohne Schärfe. Er betonte die „historische Entwicklung“ des Ministeriums Bismarck, die Veränderungen seiner Glieder und die Veränderung der Ansichten bei den verbliebenen Gliedern, die Haltung Noons zur Kreisordnung, die Vergangenheit Noons, die Widersprüche der „Provinzial-Korrespondenz“. Die Rede Lascher's war frei von jeder Verherrlichung Bismarck's im Gegensatz zu Noon. Niemand kennt auch besser als Lascher die Stellung, welche Bismarck zur Kreisordnung eingenommen hatte. Den oppositionellen Anlauf, welchen Lascher nahm, maßigte er nicht sehr bald, indem er sein Vertrauen aussprach, freilich nicht zu Bismarck, sondern zur Macht der Verhältnisse, welche stärker als persönliche Stimmungen sei. Er wolle die Maßregeln abwarten, welche das Ministerium Noon vorschlagen werde. Die folgende Rede Virchow's behandelte die Unterschiede, welche überhaupt die Fortschrittspartei den Nationalliberalen gegenüber kennzeichnen. Er schloß mit den Worten: Wir haben keine Bedenken in offene Opposition zu treten. Wir wollen wissen, ob wir uns feindlich oder freundlich zu stellen haben. Gegenüber Lascher's Ausspruch: „Ich lasche Rede mit dem Wahlspruch der englischen Opposition figuriren. Nicht bloß Maßregeln, sondern Männer verlangen wir, zu denen wir Vertrauen haben können.“ Der Minister Eulenburg erklärte wiederholt, daß der Minister v. Noon noch nähere Erklärungen abgeben werde und schloß sich an Lascher's Aeußerungen an, daß man die Maßregeln, d. h. die Gesekentwürfe abwarten solle. In letzterer Beziehung verlanet aber nur, daß diejenigen Gesetze vorgelegt werden, die darauf berechnet sind einmal die katholische Hierarchie in sich zu lockern, dann dieselbe mehr unter die Vollmächtigkeit der Staatsgewalt zu bringen. Die Maßregeln, welche die Freiheit des Individuums und die Rechte der Kirchengemeinde der Hierarchie gegenüber stärken, treten in den Hintergrund. Von Zivilehe verlanet so wenig mehr Etwas wie von einem Gesekentwurf über die kirchliche Vermögensverwaltung. — In der Hauptsache reproduziert Eulenburg's Rede die gestrige Auseinandersetzung des Staatsanzeigers. So wenig aus den heutigen Reden, wie aus dem „Staatsanzeiger“ geht hervor, daß Noons Ernennung zum Ministerpräsidenten auf den Antrag des Staatsministeriums oder des Fürsten Bismarck erfolgt ist. Vielmehr dürfte es richtig sein, daß die Entwicklung vom 28ten bis zum letzten Dezember sich selbständig in Hoffreien vollzogen hat. Wenn der Staatsanzeiger sagt, daß kein Minister nach seiner bisherigen Gesamtwirksamkeit dem Fürsten Bismarck so nahe stehe wie Noon, so stimmt dies mit Allem überein, was ich Ihnen über die feindliche Haltung, sowohl Bismarck's wie Noons, gegen Eulenburg und die Kreisordnung als dessen Wert wiederholt berichtete. Freilich, nachdem der König seine Aneide gegen den Grafen Brühl gehalten, begaben auch sie sich ihrer Opposition. Die neue Kreisordnung billigten Noon ebenso wie Selchow. Der Zwiespalt brach auf's Neue erst wieder beim Pairschab n. über die Zahl der Pairs aus. Daß persönliche Rücksichten Noons Entlassungsgesuch hervorgerufen und daß Noon über diese persönlichen Verhältnisse später Beruhigung erhalten, wie heute Eulenburg behauptete, klingt sehr mystisch. — Die Aeußerung des Staatsanzeigers, daß Noon „mit dem Verzicht auf eine großartige selbständige Handhabung des Steuerrubers“ die Ministerpräsidentenschaft übernommen, kritisierte Virchow heute treffend mit den Worten, ob Noon schon bisher gezeigt habe, daß er sich als Strohmännchen brauchen lasse.

— In Bundesrathskreisen erwartet man — wie der „N. A. Z.“ geschrieben wird — daß die Reichsregierung in der nächsten Session das von dem Reichstage geforderte umfassende Gesetz vorlegen werde, welches die staatsrechtliche Stellung der Orden u. s. w. im Zusammenhang regeln soll. In diesem Fall wäre es auch verständlich, daß der Bundesrath bis jetzt der Frage wegen der dem Jesuitenorden verwandten Orden u. s. w. noch nicht nahe getreten ist, obgleich der Termin für die Einsetzung der statistischen Erhebungen seitens der einzelnen Regierungen längst abgelaufen ist.

— Die künftige deutsche Zivilprozessordnung wird auf alle nach den Gesetzen vor die Gerichte gehörenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Anwendung finden. Die Landesgesetze können Abweichungen von den Vorschriften der Prozessordnung nur in Ansehung derjenigen vor die Gerichte gehörenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bestimmen, für welche in Gemäßheit der Reichsgesetzgebung besondere Gerichte bestehen oder zulässig sind. Die Jurisprudenz sind nicht im Wege des bürgerlichen Prozesses zu erledigen. Die auf die Gerichtsstände sich beziehenden Vorschriften, der Reichsgesetze bleiben insgesammt, die der Landesgesetze nur insoweit in Geltung, als sie in

der Zivilprozessordnung aufrecht erhalten werden. Die Reichsgesetze können ein außergerichtliches Güterverfahren vorschreiben, jedoch nur mit der Beschränkung, daß ein Zwang zur Einlassung auf ein solches nicht statthaft ist. Unter „Inland“ im Sinne der Zivilprozessordnung ist das Reichsgebiet natürlich zu verstehen; der Ausdruck „Landesgesetz“ umfaßt das gesammte geltende Landesrecht. Die Vorschriften der Allg. deutschen Wechselordnung und des Allg. deutschen Handelsgesetzbuches werden von der deutschen Zivilprozessordnung unberührt bleiben. Dasselbe gilt von den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über die Verpflichtung zur Ableistung des Manifestationsseides.

DRG. Die dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesekentwürfe, betreffend die Erhöhung der Reisediäten und Wohnungsentwässerungen der Staatsbeamten, haben in der Form, wie sie von der Regierung vorgelegt sind, unter einigen Beamtentlassen die größte Mißstimmung hervorgerufen, namentlich insofern, als denselben die Rangordnung von 1817 resp. 1855 zu Grunde gelegt ist. Nach derselben rangiren beispielsweise die Land-, Kreis-, Wasser- und Eisenbahn-Baumeister zwischen der fünften Rangklasse und den Subalternbeamten, während die Gerichts- und Regierungs-Äffessoren nach Ablegung des letzten Staatsexamens sofort bei der Anstellung der fünften Rangklasse angehören. Abgesehen davon, daß die Baubeamten einen entsprechenden Ausbildungsgang durchmachen und mindestens eben so bedeutende Staatsexamina ablegen müssen, als die vorgenannten Beamten, so wird diese ungerechtfertigte Zurücksetzung der Baubeamten für sie um so fühlbarer, als sie vermöge ihrer Stellung mehr als andere Beamte amtliche Reisen zu unternehmen haben und ihre Einnahmen daher auch von der Zugehörigkeit zu einer höheren oder niederen Rangklasse wesentlich abhängig sind. Es ist deshalb bei dem hiesigen Architekten-Verein die Frage in Anregung gebracht worden, ob es nicht zeitgemäß sei, daß jene das Baufach entschieden zurücksetzenden Bestimmungen der alten Rangordnung modifizirt werden und daß den Baubeamten im Staate auch die Stellung eingeräumt werde, welche ihnen mit denselben Rechte gebührt, als den Äffessoren der Justiz. Der Berliner Architekten-Verein, als Vertreter der Interessen der preussischen Baubeamten, wird deshalb diese Angelegenheit in einer Petition vor der Volksvertretung zur Sprache bringen und steht zu erwarten, daß ein Erfolg der betreffenden Bestrebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen die größte Aussicht auf Gelingen hat.

— Aus der Motivirung des auf Absehung lautenden Konfistorial-Urtheils gegen den Prediger Dr. Sydow theilt die „Protest. Kirch.-Zeitung“ Folgendes mit:

Dr. Sydow hat durch seine öffentlichen Angriffe gegen die Grundlagen der christlichen Lehre, wie sie in der heiligen Schrift geoffenbart und in den allgemeinen christlichen Glaubensbekenntnissen und in der Augsburgischen Konfession der evangelischen Kirche bezeugt ist, seine Amtspflichten als evangelischer Geistlicher, welche ihm durch die Konfessions- und Konfistorial-Ordnung der Mark Brandenburg von 1573, ferner durch die preussische Agenda von 1849 und endlich durch die Bestätigungs-Urtheile des Konfistoriums vom 12. September 1846 bei seiner Berufung zum Predigamt an der Neuen Kirche zu Berlin, so wie auch durch seine Ordination vorgeschrieben, vorgehalten und auferlegt sind wesentlich und schwer verlegt.

Dem Obigen fügen wir noch folgende Mittheilung der „N. B. Ztg.“ hinzu: Der Kirchenzettel meldete noch, daß am Sonntag, den 5. Januar, Dr. Sydow um 10 Uhr Vormittags predigen würde. In Folge seiner inzwischen erfolgten Suspension hielt Dr. Lisko an seiner Stelle die Predigt. In der Einleitung theilte er den Anwesenden mit, daß der erste Geistliche suspendirt und ihm wie dem Fröhprediger Nemy die Vertretung des erledigten Amtes übertragen sei, und predigte alsdann. — Gegen das Urtheil des Konfistoriums hat eine große Zahl geachteter Bürger, welche zur Gemeinde Sydow's gehören, einen Protest unterzeichnet, welcher dem Kultusminister überreicht werden soll. Der Minister, so erwarten die Unterzeichner, soll ein Einschreiten des Königs als Landesbischof vermitteln. — Es verdient übrigens bemerkt zu werden, daß der offizielle Ueberbringer des Absehung's-Dekretes an Dr. Sydow, Herr Superintendent-Verweiser Dr. H., ein Studiengenosse Sydow's ist und mit ihm gemeinsam die bekannte Erklärung liberaler Notabeln vom 15. August 1845 unterzeichnete. Später allerdings ist der Herr Superintendent-Verweiser, ohne Zweifel aus innerer Ueberzeugung, der rückläufigen Bewegung des preussischen Kirchenregiments eifrig gefolgt und auf den famosen Berliner Paktalkonferenzen im Saale des Jünglingsvereins als einer der schroffsten Beloten gegen „das Thier der Offenbarung“, den Protestantenverein, aufgetreten. —

— Es ist auffallend, daß, während die päpstliche Allokution vom 23. Dezember v. J. gegen die italienische, spanische, schweizerische und deutsche Regierung wegen angeblicher Verfolgung der katholischen Kirche die heftigsten Invektiven schleudert, sie die russische Regierung, die in der That die katholische Kirche schon seit Jahren auf alle mögliche Weise bedrückt und ihre Rechte zu verletzigen sucht, gänzlich unerwähnt läßt. Das in Lemberg erscheinende polnische Parteiorgan „Gazeta narodowa“ nimmt von dieser auffallenden Thatsache Veranlassung zu folgenden Aeußerungen:

„So sehr wir an der päpstlichen Allokution den Eifer, mit dem sie den Gefühlen des heiligen Vaters Ausdruck giebt, zu würdigen wissen, so ist es uns doch schmerzlich, nicht die geringste Erwähnung darin zu finden von der Verfolgung der polnischen Kirche seitens der russischen Regierung, von jener barbarischen Willkür, mit welcher Rußland das katholische Volk zum Schisma zu zwingen sucht. Dieser Umstand verleibt den neuerdings wieder aufgetauchten Gerüchten von einer erstellten Verständigung zwischen dem Vatikan und Petersburg, welche angeblich den Schutz der Religion auf Kosten der polnischen Nationalität bezwecken soll, eine wirkliche Bedeutung. So schwer es uns noch immer wird, diesen Gerüchten Glauben zu schenken, so muß es doch Jeder im höchsten Grade auffallend finden, daß während der heilige Vater von dem seiner Meinung nach gewissenlosen Verhalten verschiedener von ihm namhaft gemachter Regierungen gegen die katholische Kirche spricht, er gänzlich unerwähnt gelassen hat die Bedrückung der Kirche in Rußland, wo die Katholiken doch offener verfolgt werden als in Deutschland und wo man sie sogar mit Gewalt zum Schisma zwingt. Wir haben Grund zu der Vermuthung, daß die Uebergebung des verdienten Tadel's der von der russischen Regierung ins Werk gesetzten Kirchenverfolgung ein Ausfluß der hinterlistigen Politik der Jesuiten ist, die schon so viel Unheil über die Kirche gebracht haben. Indem der Papst gegen die Käufer der Kirchengüter in Italien den Bannstrahl schleuderte, mußte er bedenken,

daß zu derselben Zeit im Königreich Polen von der Regierung Summe von geistlichen Gütern an Russen zur Belohnung für ihre durch Verfolgung des katholischen Volkes erworbenen Verdienste vertheilt worden sind."

— Von den hier eingetroffenen Rekruten aus Elsaß-Lothringen sind ein großer Theil zur Kavallerie gekommen, zu welcher Truppe die Elsaßer besondere Vorliebe haben. Die Zahl derer, welche bei dem Garde-Husaren-Regiment eingestellt zu werden wünschten, war groß, leider konnten nur noch wenige bei diesem Regiment eingestellt werden, da sich schon ein großer Theil freiwillige Elsaßer dabei befindet.

— Am 4. d. M. wurde unter Anwesenheit der Herren Prof. Bruhns, Vorsitzender der geographischen Gesellschaft in Leipzig, Prof. Pejel und Dr. Ost von dort, des Dr. von Frisch, Vorsitzenden der geographischen Gesellschaft in Frankfurt a. M., des Generalarzt Dr. Noth, stellvertretenden Vorsitzenden der geographischen Gesellschaft in Dresden und des Dr. Schneider von dort, sowie in Vertretung der geographischen Gesellschaft in München durch ihr hiesiges Ehrenmitglied Dr. Neumaier und brieflicher Bestimmung des Prof. Petermann in Gotha, unter Theilnahme der Herren Hofrath Nothke aus Weimar, Dr. Schweinfurth, Dr. Giffeldt u. A. m., der von der hiesigen Gesellschaft für Erdkunde zur Förderung der Entdeckungsfahrten in Afrika in Vorschlag gebrachte Verein unter dem Namen „Afrikanische Gesellschaft“ gegründet, und für erste Geschäftsleitung ein Vorstand ernannt, bestehend aus den Herren Professor Bastian, Prof. Bruhns, Dr. Neumaier, Kammergerichts Rath Deegen, Stadtrath Friedel und Geh. Rechnungsrath Arndt. In der darauf folgenden gewöhnlichen Abend Sitzung der hiesigen geographischen Gesellschaft sprach u. A. Herr Baron v. Nitzsch über seine Reisen in China. Die auf diese Sitzung folgende Abendtafel gestaltete sich zu einem Festmahle durch die Anwesenheit der obengenannten Herren und durch die Trinksprüche, welche der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. Bastian eröffnete, indem er in ausführlicher Rede auf die Förderung der Entdeckungen in Afrika durch deutsche Forscher in früherer Zeit und auf die Aufgaben hinwies, welche an das neu erstandene Reich in dieser Beziehung herantraten. Ihm folgten Professor Bruhns, der in ähnlichem Sinne sprach und Herr v. Nitzsch, dem der Vorsitzende Professor Bastian einen Trinkspruch gewidmet hatte und der auf die hiesige geographische Gesellschaft ein Glas leerte.

Danzig, 4. Januar. Die Mitglieder des westpreussischen Komitees für die Säcularfeier der Wiedervereinigung Westpreußens mit dem Königreiche Preußen überreichten heute ihrem Vorsitzenden, Hrn. Oberbürgermeister v. Winter, in Anerkennung seiner Verdienste um die würdige und großartige Feier am 12. und 13. September v. J. zu Marienburg ein geschmackvolles, werthvolles Festalbum mit der in Silber gearbeiteten Abbildung der Marienburg, den Bildnissen des Kaisers, des Kronprinzen und des Prinzen Karl, den Photographien des zu errichtenden Standbildes Friedrich des Großen nach dem Entwurfe des Professor Siemering in Berlin und mit den Photographien sämtlicher Komitemitglieder. Herr Kammerherr v. Bentendorff-Hindenburg auf Langenau hob in dankenden, herzlichen Worten die Verdienste des Herrn v. Winter um das großartige, nationale, durch die Gegenwart des Kaisers, des Kronprinzen und des Prinzen Karl verherrlichte Fest hervor. Herr v. Winter nahm freudig bewegt diesen Ausdruck der Anerkennung entgegen. Darauf fand eine Komitetsitzung statt, in welcher die finanziellen Verhältnisse dargelegt wurden, welche sich als nicht ungünstig auswiesen. Nach Schluß der Sitzung vereinigten sich die Komitemitglieder zu einem Festdiner.

Danzig, 4. Januar. Der kath. Bischof Hr. v. Felsow, der wegen Verlegung des bekannten Kanonparagrapheu zu 1 Monat Festungshaft verurtheilt wurde, wird, da das auch in zweiter Instanz bestätigte Urtheil nunmehr rechtskräftig geworden ist, demnächst seine Haft auf der Festung Weichselmünde antreten. — Der „Katholik“, der bisher von Professor Michels redigirt wurde, wird seit dem 1. d. M. ab von Pfarrer Grunert herausgegeben als „Religiöses Intelligenz- und Sonntagsblatt zur Bekämpfung des Jesuitismus und Vertheidigung der christlichen Kirchen“. An der Spitze der Nr. 1 sagt Pfarrer Grunert: „Der „Katholik“ soll, seinem Namen getreu, kein bloßes Parteiblatt, sondern ein allgemeines christliches Intelligenzblatt werden; zunächst freilich für Katholiken, dann aber auch für gläubige Protestanten, insofern katholisch und evangelisch beiderseits nichts Anderes bedeuten soll, als echt oder altchristlich. Die Einigung in der einfachen Wahrheit Christi ist unsere oberste Lösung. Sein Hauptzweck ist religiöse Aufklärung, Belehrung und Orientierung.“

Stargard, 6. Januar. In unserer Stadt war die Stelle des Kammerers neu zu besetzen, und beschloß man das bisherige Gehalt um 200 Thlr. zu erhöhen und einen „studirten Mann“ als Kammerer anzustellen. Da aber die studirten Leute, besonders die Juristen, selbst bei einem Gehalte von 1000 Thaler heutzutage nicht so leicht zu haben sind, so richtete die Stadtverordneten-Versammlung ihr Augenmerk auf einen jungen, bis dahin in subalternen Stellung bei der städtischen Verwaltung thätigen Mann, von dem bekannt war, daß er mit gründlicher Kenntniß der städtischen Verwaltung tüchtige Arbeitskraft verbindet, und wählte denselben zum Kammerer. Hiermit war der Magistrat, außer dem Oberbürgermeister, unzufrieden, und als bei den höheren Instanzen angebracht Beschwerde erfolglos blieb, Regierung und Oberpräsident vielmehr die von den Stadtverordneten getroffene Wahl bestätigten, legten sämtliche Stadträte ihr

Amt nieder. Es mag auf diesen Entschluß auch der Umstand eingewirkt haben, daß eine zahlreich besuchte Bürgerversammlung für den Gewählten Partei ergriffen, in ihren Debatten den etwaigen Rücktritt der Stadträte mit Gleichmuth ins Auge gefaßt auf diese Gefahr hin die Stadtverordneten-Versammlung in einer Zustimmungsadresse ersucht hatte, auf schnelle Einführung des neuen Kammerers zu dringen und somit den protestirenden Magistratsmitgliedern ein Mißtrauensvotum in better Form ertheilt hatte. Mehrere der abgetretenen Stadträte wurden übrigens wiedergewählt, doch nur drei haben die Wahl angenommen. — Dieses kommunale Drama nun — die einen nennen es Trauer, die anderen Lustspiel — geht jetzt seinem letzten Akte, der auf den 13. und 14. d. M. ausgeschriebenene Ergänzungswahl für die zu Stadträthen gewählten Stadtverordneten entgegen, und bald wird die Ruhe in unsere Mauern wieder zurückgekehrt sein.

Köln, 2. Januar. Man schreibt der „Allg. Ztg.“ zum Infallibilitätsstreit:

Man ist hier allgemein gespannt darauf, wie die Sache mit dem fallibilistischen Lehrer am hiesigen königl. Gymnasium an Marzellen, Herrn Dr. Brühl, enden wird, und dieselbe ist jedenfalls so wie sie liegt auch für weitere Kreise interessant. Dr. Brühl versteht nämlich seit beinahe drei Jahren an der genannten Anstalt die Stelle des verstorbenen, bekanntlich ebenfalls anti-infallibilistisch gesinnt gewesenen Religionslehrers Dr. Vosen, aber nur provisorisch, und zwar heißt es, daß seine definitive Anstellung als Religionslehrer deshalb noch immer nicht erfolgt sei, weil die geistliche Behörde nicht wolle wie die weltliche, und umgekehrt. Nachdem nun Dr. Brühl, welcher stets, im vorigen Sommer in einem Verhör auch vor dem Erzbischof von Köln, seine Ueberzeugung frei ausgesprochen, vor einigen Wochen sogar öffentlich als Gegner der neuen „Dogmen“ proklamiert worden ist, hat ihn jetzt der schnelle Bannstrahl? nein, nur das Gebot Exerzitien zu halten und den „Deutschen Merkur“ abzuschnappen, erreicht. Ist das nicht ein Siebenmeilen-Stiefel-Fortschritt in der Verbesserung römischer Sitten? Andererseits soll nunmehr der betreffende Dekretent im Provinzial-Schulkollegium zu Koblenz geneigt sein, nicht dem Hrn. B., sondern einem der drei von Hrn. Wölbers vorgeschlagenen, also römisch, i. e. unbedingten gesinnten, Kandidaten definitiv die fräuliche Stelle zu übertragen. Wir sollten meinen, unter den Staatsbeamten, und nicht am wenigsten unter den Schulmännern, gebe es Könnlinge mehr als genug. Zumal ein Religionslehrer weiß sich nur allzuoft eine solche Machtvolle anzueignen, daß er eine ganze Anstalt mehr oder minder beherrscht; und so ist es denn speziell hier vorgekommen, daß der Direktor der größten hiesigen Lehranstalt (Realschule) auf Antrieb des während infallibilistischen Religionslehrers den betreffenden Lehrern, theilweise unter Verlesung eines bezüglich Schreibens seitens des Erzbischofs Wölbers, antlich die Zumuthung stellte, ihre oppositionelle Stellung gegen das Vatikanum aufzugeben.

Vom Niederrhein, 5. Januar. Das durch den Tod des Abg. Gödders vacant gewordene Reichstags-Mandat des Wahlkreises Mülheim a. Rh.-Wipperfurth ist Herrn v. Gerlach, Chefpräsidenten des Appellationsgerichts zu Magdeburg, angetragen. Der „Spen. Ztg.“ wird darüber Folgendes geschrieben:

Herr von Gerlach hat vor Allem durch seine jüngste Schrift: „Kaiser und Papst“, welche von dem größten Theile der ultramontanen rheinischen Presse ganz oder theilweise reproduziert worden ist, Gnade vor den Augen dieser Partei gefunden. Uebrigens ist der Versuch eines solchen Bündnisses hier nicht gerade neu. So erklärten sich u. A. bei der letzten Landtagswahl die Liberalen des Kreises Duisburg-Essen bereit, dem protestantischen Minister Hrn. v. Mühlner ihre Stimmen zu geben, wenn die Konservativen dafür ihrerseits den Freiherren Wilderich v. Ketteler akzeptirten wollten. Die Konservativen des Duisburg-Essener Wahlkreises wichen mit Verachtung jenen schmähtlichen Handel zurück und hatten den damals erst schillern hervorbrechenden Verfehrungen jener Staatsfeindlichen Elemente gegenüber Patriotismus genug, um sich, wenn auch theilweise etwas widerwillig, mit den Liberalen auf die gegenwärtigen Abgeordneten jenes Kreises zu vereinigen. Hoffentlich wird dieses Beispiel patriotischer Selbstverleugung auch bei den nächsten Reichs- und Landtagswahlen nicht bloß dort, sondern allwärts hier am Rhein und in Westfalen, wo sonst ein Sieg der Ultramontanen zu befürchten steht, Nachahmung finden. Wir zweifeln nicht, daß gegebenen Falles die Liberalen der verschiedenen Schattirungen eine gleiche patriotische Selbstlosigkeit an den Tag legen werden.

München, 3. Januar. Der aus dem „Volksboten“ entpuppte „Volksfreund“ liefert schon in seiner zweiten Nummer den Beweis, daß er ein ganz würdiger Nachfolger des eingegangenen Zander'schen Blattes ist. Indem der Volksfreund „gegen die Auslassungen der preussischen Blätter über die päpstliche Allokution im ächtesten Volksbroschensyl zu Feld zieht, theilt er — um zu beweisen, daß die auf das deutsche Reich sich beziehende Aeußerung des Papstes weder eine Ehrenkränkung des Kaisers noch eine Majestätsbeleidigung enthalte — die betreffende Stelle der Allokution in einer nicht nur abgeschwächten, sondern vollständig gefälschten Fassung mit und bemerkt hierzu u. A., man könne das betrübende Verhältniß der Katholiken im Deutschen

Reich, die heftigsten Verfolgungen der Kirche nicht einfacher, ruhiger und maßvoller kennzeichnen, als der heil. Vater es gethan hat. — Wie bairische Kleinstädte die Reichsgesetze achten, geht aus folgender Mittheilung hervor: Die „N. W. Z.“ berichtet, daß die Stadtverwaltung von Mürrenstadt dem Jesuitenpater G. Roder, einem geborenen Oberpfälzer, welcher seit einiger Zeit in dem dortigen Augustinerkloster sich aufhält, das Heimathsrecht verliehen hat.

München, 4. Januar. Die Versteigerung des zur Spitzeder'schen Gantmasse gehörigen Mobiliars wurde gestern beendet. Der Gesamtverlust aus demselben beträgt 30,808 fl., darunter 4681 fl. für die Gemälde, 4239 fl. für Wagen und Geschirr, 3270 fl. für die Pferde und 2671 fl. für den Wein. Das Inventar der zur Gantmasse gehörenden Gasthäuser kommt erst, um einen größeren Erlös zu erzielen, mit dem Verkauf der Häuser zur Versteigerung. (Allg. Z.)

Elsaß-Lothringen, 1. Januar. Einem die erste Aushebung hier besprechenden Artikel, des „Militär-Wochenblattes“ entnehmen wir außer den bereits mitgetheilten Daten noch Folgendes:

Nach seiner Bevölkerung würde Elsaß-Lothringen bei 1 pCt. Quote jährlich 5296 Mann zu stellen haben. Daß diese Zahl nicht erreicht werden würde, nachdem allen majoren jungen Leuten die Auswanderung gestattet, alle vor 1851 geborenen, ebenso wie die, welche in der französischen Armee 1870 den Krieg mitgemacht und noch zahlreiche andere Kategorien gänzlich von jeder Dienstverpflichtung befreit worden waren, lag auf der Hand. — Zieht man dabei noch in Betracht, daß die einjährigen und die dreijährigen Freiwilligen, deren Zahl ziemlich an 1000 heranreicht, hierbei nicht mitgerechnet sind, so kann das Resultat in der Gesamtheit wohl ein überraschend günstiges genannt werden. Das zahlreichste Kontingent stellen die protestantischen Landgemeinden des Mittel- und Nieder-Elsaß, namentlich die Kreise Haguenau, Zabern, Schleithard, Erstein, Kolmar, welche überwiegend eine ackerbauende Bevölkerung haben und von diesen sendete wiederum die Rheinebene die größten und ansehnlichsten Leute, das stärkste Garde-Kontingent. — Im Ober-Elsaß lieferte der Bezirk Altkirch und in Lothringen Saarburg den größten Theil der jungen Mannschaft. Als ganz charakteristische, ausgeprägte Erscheinung tritt hervor, daß die Dorfschaften der Ebene immer reichlicher ihre Quote liefern, als die des Gebirges und der Städte; in den letzteren steht fast die Stärke des Elsaß-Kontingents mit der Einwohnerzahl im entgegengesetzten Verhältniß, d. h. je größer die Stadt, desto weniger Rekruten; am meisten tritt dies bei Metz hervor, demnächst bei Mülhausen, Straßburg, Haguenau, Weissenburg, Zabern. — In den industriellen und Fabrikbezirken ist ebenfalls der Ausfall bedeutend größer, besonders in der Arbeiterbevölkerung von Saargemünd, Thann, Schweiler, Weissenburg.

Österreich.

Wien, 7. Januar. Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Kaiser von Österreich aus Anlaß der jüngsten Gramontischen Enthüllungen ein Schreiben an den Kaiser Wilhelm gerichtet, welches bestimmt sein soll, eine Trübung der guten Beziehungen der Kabinette von Wien und Berlin, wie sie in Folge jener Enthüllungen möglich wäre, zu vermeiden. Der Österreichische Botschafter, Graf Caroli, hat sich seines Auftrages, den Brief persönlich zu überreichen, bereits entledigt.

Frankreich.

Paris, 5. Januar. Die Sprache des „Dien Public“ ist heute so zuberstlich, als wenn Thiers wirklich das rechte Zentrum und mit ihm eine Majorität für seine Völkspolitik in der Tasche hätte. In sonst gut unterrichteten Kreisen heißt es sogar, daß der Herzog von Audiffret-Pasquier in das Ministerium eintreten werde, mit dem Thiers in der letzten Zeit sehr häufig Konferenzen hatte. Allerdings war es auch der Herzog, der in der Sitzung vom 11. Dezember die persönliche Rede hielt, welche von Dufaure benutzt wurde, um es zu einem Waffenstillstand zwischen der Regierung und der Rechten zu bringen. Falls Audiffret-Pasquier wirklich in das Ministerium tritt, sich also Thiers anschließt, und dafern seine Freunde vom rechten Zentrum seinem Beispiele folgen, so hätte für seine konstitutionellen Pläne in der Kammer Thiers allerdings die lange gesuchte Majorität gefunden. — Es heißt, daß Herr de Corcelles der Träger einer Art von Ultimatum des Papstes ist, d. h. Herrn Thiers die Bedingungen überbringt, unter welchen der Papst seinen Anhängern in Frankreich den Befehl zukommen lassen will, sich vor der Hand ruhig zu verhalten und nicht zu versuchen, die Regierung Frankreichs zu stürzen. Der Papst verlangt, daß Frankreich gegen die Expropriation der römischen Klöster Einsprache erhebt. Wenn es zu den Interpellationen über den Fall Bourgoing kommt, so wird diese Frage ebenfalls zur Sprache gebracht werden. Herr de Goulard, der Minister des Innern, will in Zukunft die offizielle Presse selbst inspiriren und ver-

anthen. Sie haben die Entwicklung, zweier Naturanlagen des Papstes zu benutzen verstanden, aber sie haben sie nicht geschaffen.

Ich verfolge die Entwicklung der Manien des Papstes nur mit einem psycho- und physiologischen Interesse. Pius IX. ist kein Gelehrter. Er glaubt fest und fest, was ihm sein Wahn vorspiegelt. An der Ausbildung und Steigung dieses Wahnes haben Tausende ein materielles Interesse. Diese Tausende, welche ganz verständlich sind, verleiten die blöde Menge, die päpstliche Manie für Vernunft zu halten und es kann nur im Interesse des Fortschritts liegen, wenn die päpstliche Exentrität so viele Extravaganzen als möglich begeht. Nur ist es nicht wohlgethan, die Registrierung derselben zu hindern. Die blöde Menge muß ja am Ende glauben, daß Großmanns- und Verfolgungssucht ein normaler Zustand des Papstes sind.

Nehmen wir Alt von der neuen Phase, daß Christus baronisiert wurde.

Wenn alle Christen, Katholiken und Protestanten einsehen, daß dies eine Blasphemie ist, welche über den Spott geht, so hat Pius IX. seine kulturgeschichtliche Mission, das Papstthum lächerlich gemacht zu haben, erfüllt. Womit ich allerseits ein frohes Neujahr zu wünschen die Ehre habe.

Kleinigkeiten aus der Reichshauptstadt.

Von dem Umfange Berlins kann man sich einen ungefähren Begriff dadurch machen, daß der Bebauungsplan gegenwärtig 547 öffentliche Straßen und 58 öffentliche Plätze aufweist. Von diesen 58 Plätzen werden nur 51 offiziell mit diesem Namen belegt, während die übrigen 7 den bescheideneren Titel „Markt“ führen. Bei der Straßenbenennung findet man die überraschendste Mannigfaltigkeit. Nur 423 von den 547 öffentlichen Straßen sind wirklich „Straßen“ und von diesen haben 18 noch keinen Namen, sondern werden nur mit Ziffern bezeichnet; außerdem hat Berlin 22 Gassen, 25 Alleen, 7 Alleen, 5 Dämme, 6 Höfe, 12 Wege, 6 Kommunikationen, 7 Brücken, 6 Gräben, 1 Gracht (Friedrichsgracht), 1 Mauer, 1 Krügel, 5 Thore, 3 Kirchhöfe, 1 Promenade, 1 Packhof, 1 Chaussee, 1 Schloßfreiheit, 1 Stehbahn, 1 Tisch (Johannistisch), 1 Haide (Gassenhaide), 1 Bad (Karlsbad). Zwei Straßen liegen „hinter der Kirche“, 1 am Gießhause, 2 am Zeughause, 1 am Wasser (Neu-Köln), 1 an der Schleuse und 1 unter den Linden.

Die Neujahrsnacht bot in Berlin — so schreibt die „Mont.-Z.“ —

Philosophische Aufstellungen eines Journalisten.

Von W. Marr.

Ein Olivenblatt des Friedens.

Hamburg, 4. Januar 1873.

Anläßlich der Rede, welche Se. Heiligkeit am 30. Dezbr. an eine Deputation römischer Nobilis gehalten hat und in welcher die interessante Behauptung aufgestellt wurde: Christus habe adelig geboren sein wollen, fallen mir die Korrespondenzen des „Philosophen von Sanssouci mit dem Philosophen von Ferney“ ein, da treten mir denn die raillerien jener Philosophen deutlich ins Gedächtniß zurück und wenn ich nicht an das lateinische Sprichwort dächte: Si duo faciunt idem, non est idem (ich bitte um Entschuldigung für das verpönte Lateinisch!), so könnte ich den Papst für einen heimlichen Voltairianer halten, welcher, ohne irgend einen Menschen ins Vertrauen zu ziehen, es darauf anlegte, die Kirchengeschichte ins Lächerliche zu ziehen. Der „Chevalier“ oder der „Marquis de Nazareth“, also der als adelig geboren behandelte Christus, ist eine Erfindung der gottlosen Philosophen des 18. Jahrhunderts.

Es existirten damals schon viele Plankleien über die adelige Abstammung des Messias. Die Alerikalen leiteten ihn aus einem Geschlechtsregister ab, welches einen Abraham, Onan, David, Salomon u. s. w. nannte. Die Philosophen dagegen fanden, daß der Zimmermann Joseph, der nur nominelle Vater Christi, der letzte Sprosse jenes Stammbaums, daß also das ganze Geschlechtsregister überflüssig sei. In der Reihe jener Philosophen stand der große König Friedrich II. nicht im letzten Gliede und die Schlußsätze vieler seiner Briefe an Voltaire übertrafen auf seinem Standpunkt noch die Allokutionen des Papstes. Der königliche Satyriker schrieb so, daß ich nicht umhin kann, zu glauben, Pius IX. redet heute als Kopist. Ein Sophist könnte sogar den Papst für einen noch größeren Satyriker halten, weil dieser in seiner Stellung, seinen Ansichten die Formeln des 18. Jahrhunderts verleiht.

Da ich aber kein Sophist bin, so erlaube ich mir die Sache anders aufzufassen und zwar psychiatrisch, oder doch physiologisch, und werde die Toleranz gegen den alten Herrn im Vatikan nicht verläugnen.

Se. Heiligkeit waren in seiner Jugend ein flotter Offizier der Kavallerie und ein eifriger Freimaurer und geruhten, bis zum Jahre 1848 noch mit den großen Fortschrittsideen dieser fünfjähigen irdischen Welt zu liebäugeln. Nun ist es eine Thatsache, daß, je älter der Papst, desto aufgeregter sein Gemüthszustand wurde. Dies gehört vielleicht zu den Wirkungen des heiligen Geistes. Da ich aber kein Theologe bin, so bin ich gezwungen anzunehmen, es habe sich um die Zeit des Konzils und schon früher jene Krankheit ausgebildet, welche man die „Manie de grandeur“ nennt und welche fast immer bei sterblichen Menschen, auch wenn sie Kavallerieoffiziere und Freimaurer gewesen sind, die Vorläuferin der f. g. „Manie de persécution“ ist.

Das Raisonnement, welches ich selbst in Rom von Sr. Heiligkeit nicht allzu fern stehenden Personen gehört habe, ist sogar nicht ohne einen Schein von Logik, wenn dieselbe auch in ihrer Uebertreibung zur Sophistik wird.

Es sind, so sagte man mir, mit der neuen Aera 40,000 Personen in Rom wieder eingezogen, welche verurtheilt waren und einschlachten mußten. Hochverräter, Verschwörer, Freimaurer, Juden und Atheisten. Unter einem solchen Bevölkerungszuwachs kann sich der heilige Vater natürlich seines Lebens nicht sicher wähnen. Und deshalb ist es ein durch die Verhältnisse gewordener „Gefangener“.

Daß es eine Kleinigkeit gewesen wäre, diese 40,000, angeblich fürchterlichen Menschen moralisch zu entwaffnen, gab die „Manie de grandeur“ nicht zu. Sie vollendete auch die nachliegende Erkenntniß, daß „Tempora mutantur et nos mutamur in illis.“ Derselbe Papst, der aus einem flotten Kavallerieoffizier und Freimaurer ein unfehlbarer Bischof geworden war, begriff nicht, daß auch andere Menschen sich ändern müssen, wenn die Zeiten andere geworden sind, noch daß zu individuellen fanatischen Mordversuchen die Zeit vor dem 21. September 1870 angethaner gewesen sein mußte, als nachher. So reichte die „Manie de grandeur“ ihrer Schwester der „Manie de persécution“ die Hand und beide nahmen den Papst in ihre Mitte. Heute quält ihn die Eine, morgen die Andere. Ohne jene beiden zentralen Strömungen hätten die Jesuiten nicht so viel Macht über den Papst. Man muß den Jesuiten nicht zu viel Ehre

langt, daß die Redakteure derselben nicht mehr ihre Instruktionen bei Barthélemy Saint-Saïre, sondern auf dem Ministerium des Innern holen. Morgen kommt der Gegengewurf zur Verhandlung, welcher den Journalen einen offiziellen Bericht aufzwingt. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß das Gesetz durchgehen wird. Die ganze Linke (linkes Zentrum, gemäßigter Linke und äußerste Linke) wird gegen dasselbe stimmen, da sie es als eine Verletzung der Pressefreiheit betrachtet. Die Diskussion über die Vorlage Betreffs der Reorganisation des Ober-Rathes des öffentlichen Unterrichts beginnt nächsten Donnerstag. Der Antrag geht von der Broglie, Saint-Marc Girardin u. f. w. aus. Der Unterrichtsminister beschränkt sich darauf, die Aufrechterhaltung des status quo zu verlangen. — Wie der „Soir“ berichtet, hat Herr Thiers am Neujahrstage von allen europäischen Mächten zahlreiche Beweise der Sympathie für Frankreich erhalten. Dabei erzählt es, daß Fürst Bismarck zu Herrn von Gontaut-Biron gesagt habe: „Ich glaube, Herr Thiers hat vollkommen Recht, alle Parteien ein wenig zu schonen, weil man sie alle nöthig haben kann. Wenn ich das sage, so beurtheile ich die Stellung des Herrn Thiers nach der meinigen.“

Paris, 5. Januar. Heute Abend speisten Herr und Frau Thiers beim Grafen Arnim. Mit Ausnahme des päpstlichen Nuntius und des russischen Botschafters, welcher noch immer abwesend ist, wohnte das ganze diplomatische Corps dem Diner an. Nach demselben war Empfang, der ziemlich reich besetzt war. Unter den Gästen, welche sich zu demselben eingefunden, bemerkte man auch einige Deputirte, darunter den Grafen Douhet, ein Mitglied der Rechten. Die persischen und japanesischen Gesandten waren ebenfalls anwesend. Thiers sah sehr heiter und zufrieden aus. Frau Thiers, die, wie auch ihre Schwester, heute nicht in Schwarz gekleidet war, sprach viel mit dem Grafen Arnim. Der Empfang fand in zwei Salons im ersten Stock statt. Herr und Madame Thiers verließen die Botschaft um 11 Uhr 5 Minuten. Der Graf Arnim gab ihnen das Geleite bis zur Treppe, die vom ersten Stock hinabführt. Im Ganzen genommen, ging es sehr feierlich zu.

Paris, 6. Januar. Die Okkupationstruppen von Vains in den Vogesen sind verstärkt worden, weil vor mehreren Tagen einige Flintenschüsse auf das dortige deutsche Lager abgefeuert worden sind. Die deutschen Verstärkungen kommen aus Remiremont.

Ein Stabsoffizier a. D., Graf de Brunet de Bussaye, hat eine Methode erfunden, um die Erlernung der deutschen Sprache zu erleichtern und zu verbreiten. General-Ladmirault hat den Erfinder autorisiert, in der Kaserne de la Pépinière in Gegenwart aller Offiziere des ersten Armeekorps Vorträge über seine „Erfindung“ zu halten.

Im Pantheon und in der nahe gelegenen Kirche Saint Etienne du Mont begann am 3. d. M. die neuntägige Andacht zu Ehren der heiligen Genoveva. Da beide Gotteshäuser im Herzen des lateinischen Viertels liegen, dessen jugendliche und geräuschvolle Bevölkerung, wie man weiß, zum allergrößten Theile freigeistigen und materialistischen Anschauungen huldigt, so dürfte man befürchten, daß die kirchliche Feier nicht ohne äußere Störungen verlaufen möchte. Indes ging gestern wenigstens trotz des großen Andrangs der Gläubigen (der „fiacre“ schätzte ihre Zahl, freilich wohl etwas übertrieben, auf 35 bis 40,000) Alles in bester Ordnung vorüber. In beiden Kirchen waren allerlei Reliquien der Heiligen ausgestellt, über die sich ein guter Katholik um so weniger Gedanken machen darf, als die Geschichte lehrt, daß in der Schreckenszeit von 1793 der Schatz von Saint Geneviève nach der Mairie gebracht und eingeschmolzen, die angeblichen Reliquien zerhackt und auf dem Grabe-Platz verbrannt worden sind. Priester hielten vor den wunderthätigen Gebeinen Wache und übernahmen es, mit denselben die ihnen von der Menge gereichten Gegenstände, als Kinderhäubchen, Bindeln, Quisquander u. dergl., gegen den Lohn einiger Landesmünzlein in Verührung zu bringen. Gebetet wurde zu der Patronin für das Wohl Frankreichs im Allgemeinen und für eine baldige Befreiung des Landesgebiets insbesondere. Die Deputationen der um Paris gelegenen Kirchspiele lösten einander unaufhörlich ab; um 10 Uhr las Mgr. Maret, Bischof von Sura und Dekan der theologischen Fakultät der Sorbonne, die Messe und des Nachmittags officirte der Erzbischof von Paris selbst am Grabe der Heiligen. Unter den Andächtigen bemerkte man die Ex-Königin Isabella mit ihrer ganzen Familie. (Dieselbe dürfte nicht fehlen nach dem bekannten Sprichwort: Junge — alte Besswesteren).

Man meldet amtlich aus Algerien: Die Abgesandten der Uled Sidi Schick sind von Oran, wo der General Gerez ihnen die Bedingungen, unter welchen die Mitglieder und Anhänger dieser Familie sich unterwerfen können, mitgetheilt hat, in Alger angekommen. Sie lehnen nach Westliff zurück, um diesen Auftrag an ihre Angehörigen auszurichten. Allen Beteiligten ist eine Frist von drei Monaten zur Ueberlegung bewilligt worden.

eine ungemein heitere Scene, über welche sonderbarer Weise bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen ist. Mit dem Glockenschlage 12 wurde die „Kavalier-Brücke“, welche den Lustgarten mit der Burgstraße verbindet, und bisher nur gegen Erlangung von 6 Pennnigen zu passiren war (daher auch Sechserbrücke genannt), dem Verkehr freigegeben. Eine dicke Menschenmasse stand an der Domkirche; als der letzte Schlag der Mitternachtsstunde verhallt war, verschwand der Polizeimeister hinter dem Fenster und mit lautem „Hurrah!“ Profit Neujahr! — stürzte die Masse über die Brücke.

Von einem absonderlichen Heiligen erzählt die „Tribune“ Folgendes: In der Neujahrnacht bewachte sich eine seltsame Erscheinung durch die Chorinerstraße und brachte durch ihr fortwährendes Scheuch vieler Bewohner jener Gegend, sowie die Polizei und die Revierwächter auf die Beine. Es war ein junges Weib, das im tiefsten Realgese aus einem Hause der genannten Straße stürzte, verfolgt von einem ebenfalls im Realgese befindlichen Manne, der, ein dolchartiges Messer in der Hand haltend, die Entflichtende verfolgte. Letztere rief fortwährend: „Haltet ihn fest, er will mich tödten, weil er ein Gottloser ist und ich eine fromme Christin bin!“ Der Mann aber wollte die Fliehende auch festhalten wissen, denn er rief ihr Worte nach, die wie der Vorwurf des Ehebruchs klangen. Polizei und Wächter brachten schließlich beide Nachtgestalten nach dem Polizeigewahrsam, wo sich herausstellte, daß die Weiden Mann und Frau waren. Der Erstere hatte seine Gattin in Gesellschaft mit dem Schlafburschen getroffen, was er mit der Freundschaft einer Christin nicht in Einklang zu bringen vermochte. Die ärztlichen Ehegatten, welche das neue Jahr mit einer so vielverheißenden Familienzene begonnen hatten, wurden nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten wieder nach Hause geschickt. Wie es scheint, wird die Ehe der Frau v. Haden (Pauline Lucca) demnächst getrennt werden. Man spricht von einer neuen Verbeirathung derselben mit einem Herrn v. W., einem höheren Gardeoffizier, der schon lange Zeit der Verehrer und Verehrte Paulines war und bereits am 22. die Reise nach Amerika antreten haben soll.

Am Donnerstag Abend machte eine Dame aus Magdeburg durch einen Sprung in den Kanal ihrem Leben ein Ende. Dieselbe war nach Berlin gekommen, um sich in einem hiesigen Atelier als Malerin auszubilden. Am Ufer fand man werthvolle Kleidungsstücke, goldene Uhr mit Kette und ein gefülltes Portemonnaie. Ein hinterlassener Brief besagte, daß die Unglückliche zum Selbstmord geschritten sei, weil ihr Gatte sie um einer Courtisane willen verlassen habe.

Ein höchst frecher Huananfall fand am Freitag in einer Kellerwohnung des Hauses Streiterstraße 48 statt. Bei der Frau des dort wohnenden Feuerwagens Schläger fand sich nämlich um 10 Uhr Vormittags, zu einer Zeit, wo sie ganz allein in der Wohnung anwesend war, ein Handelsmann ein, welcher schon öfter in dem Hause mit

Italien.

?! **Rom, 4. Januar.** Italien arbeitet ununterbrochen an der Reorganisation seiner Armee. Der Kriegsminister Nicotri wird schon dieser Tage zwei Organisationspläne veröffentlichen. Der eine betrifft die Alpenjägercompagnien, von denen schon mehrmals die Rede gewesen ist, und welche heinade der Gegenstand diplomatischer Erörterungen geworden wäre. Der Andere handelt von der Organisation der Territorialmiliz in Sardinien. Die Zahl der Alpenjägercompagnien wird größer, als anfangs bestimmt war. Ihr Zweck ist die Alpenpässe zu vertheidigen, und die Garnison ihrer Befestigungen zu werden. Ihre militärische Organisation wird der, der österreichischen Grenzer ähnlich. Die Organisation der sardinischen Territorial Miliz ist eine neue Idee. Ein Theil der Sardinier, welche das Loos ziehen, wird nach wie vor in die aktive Armee eintreten, in welcher sie immer ausgezeichnete Soldaten waren. Nach ihrer Dienstzeit und dem Eintritt in die Reserve sollen sie mit den Soldaten der zweiten Kategorie die Territorialmiliz bilden, welche ein Kriegsfall unter sardinischen Offizieren die Insel zu vertheidigen hätte. Etwas ähnliches bestand schon früher auf der Insel Sardinien, ehe Carl Albert die Sardinische Armee organisierte. Man verspricht sich guten Erfolg von dieser Neuordnung. Der Kriegsminister möchte ein ähnliches System auch auf der Insel Sicilien einführen; die sicilianischen Verhältnisse erlauben es aber leider noch nicht.

In der „Opinione“ steht:

Einige Journale behaupten beharrlich, daß selbst die vier Mitglieder des für die Begutachtung und Berichterstattung über den die religiösen Orden betreffenden Gesetzentwurf eingesetzten Ausschusses mit einander nicht einig sind. Darüber wundern wir uns gar nicht, sondern es würde uns wunderbar vorkommen, wenn alle vier von Anfang an vollkommen einverstanden gewesen wären, denn es wäre eine ganz außerordentliche Erscheinung, vier Juristen und Staatsmänner in einer freitigen Angelegenheit gleich bei ihrer ersten Prüfung in Uebereinstimmung zu finden.

Wir wollen für heute nur bestätigen, daß man noch nicht weiß, daß sie in verschiedenen Punkten verschiedener Meinung sind, weil sie bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt haben, sich gegen einander darüber auszusprechen. Man muß daher erst abwarten, bis der Ausschuss zusammengetreten ist und seine Arbeiten begonnen hat, dann kann man auch von den verschiedenen Meinungen sprechen, was bis jetzt noch nicht der Fall ist.

Die „Liberta“ erzählt, daß ein junges zwanzigjähriges Fräulein aus guter Familie, welche nichts als die literarischen Journale und ultramontanen Schriften las, gegen den König Viktor Emanuel schon durch diese Lektüre sehr aufgebraut war, nach mehrmaliger Durchlesung der letzten päpstlichen Allokation den Entschluß gefaßt habe, den König zu ermorden. Sie habe glücklicherweise dies vorher einem Priester geheißen, der sie in ihr elterliches Haus zurückgebracht habe. Sie habe mit ihrem Vater sofort Rom verlassen. — Die „Italia“ berichtet, der Befehl des Königs, den Krystallpalast zu schließen, habe nicht erfüllt werden können, weil die Patronin des Establishments, eine Französin, eine in aller Form Rechtens ihr ertheilte Koncession in Händen hatte, kolossale Entschädigung forderte und den Schutz der französischen Gesandtschaft anrufen habe, der ihr bewilligt werden mußte. Auch in diesem Falle ist die spirituelle Macht der weltlichen Macht unterlegen. — In Rom hat sich ein großer patriotischer Verein gebildet, der ohne Rücksicht auf Parteistellung das gemeinsame Interesse aller Bürger, welche der italienischen Familie angehören, verfolgen will. Die Organisatoren sind Mazzini, Crispi, Mancini, Colonna di Cesarò, die Führer der Linken im Parlament, der Fürst Odescalchi, die Herren Feliciano und Agnani.

Großbritannien und Irland.

London. Die telegraphische Kunde, daß die Vereinigten Staaten Absichten auf die Sandwich-Inseln merken lassen, hat in London einige Verstimmlung hervorgerufen, die sich aus den nachstehenden Betrachtungen der „Times“ herauslesen läßt.

Diese wiederkehrenden Gerüchte von der Annexion entfernter Territorien mit der Republik — sagt das leitende Blatt — liefern einen Beweis von Impulsen und Bestrebungen unter dem amerikanischen Volke, die innerhalb des jetzigen Jahrhunderts wichtige politische Wirkungen erzeugen mögen. Stets, seit dem mexikanischen Kriege, hat sich ein seltsames Gellüste nach überseeischen Besitzungen — großer oder kleiner Inseln, Häfen oder Vorgebirgen, die je nach ihrer Ausdehnung ihrer Bevölkerung oder ihrer Zivilisation als Staaten einverleibt oder als Kolonien der Republik behalten werden könnten, geltend gemacht. Die Amerikaner scheinen die Frage einer continentalen Herrschaft als geregelt anzusehen. Sie besitzen alles, was sie vor der Hand brauchen und sind von einem großen Zuwachs in der Zukunft überzeugt. Die Erwerbung des Hafens von Samana, der Insel St. Thomas, des ganzen Territoriums von Hayti ist, wie man sagt, in

Wellenwahren haust und vor Kurzem erst einem Schlafburschen eine mollen Jacke verkauft hatte, und offerierte ihr seine Baaren. Sie kaufte auch eine Jacke, ging hierauf an einen Schrank, in welchem sie ihr Geld — es waren im Ganzen 16 Thaler — aufbewahrte, und nahm einen Thaler zur Bezahlung heraus. In diesem Moment wurde sie von dem Händler von hinten ergriffen und gewürgt, worauf ihr derselbe ein Tuch in den Mund stopfte, sie dann auf die rechte Weife mißhandelte und die Bewußtlose unter eine Bettstelle schob. Als dann nahm der Verbrecher sämtliche im Schrank befindliche Geld an sich und entfernte sich eilig. Bald darauf wurde die Frau Schütz von Hausgenossen entdeckt und wieder ins Leben zurückgerufen. Sie hat bei den erlittenen Mißhandlungen mehrere Zähne eingebüßt und ist ernstlich krank, so daß sie heute noch sich nur mit großer Anstrengung verständlich machen kann. Die Kriminalpolizei ist eifrig beschäftigt mit der Aufspürung des Thäters, der als ein starker großer Mann geschildert wird.

In der Nacht zum 3. d. Mts. stürzte die linke Siebelwand des bis zum fünften Stockwerk vollendeten Neubaus des Eigenthümers Bengs in der Adolphstraße zusammen. Die Ursache des Einsturzes scheint in der allzu geringen Stärke des Mauerwerkes und in der schlechten Beschaffenheit des Materials gelegen zu haben. Da der Nachbruch des ganzen Gebäudes zu befürchten steht, so ist die Straße für den Verkehr abgesperrt worden. Menschen sind bei dem Einsturze nicht verunglückt.

Die Untersuchung gegen die drei der Mißhandlung des Nachwächters König angeklagten Personen ist nunmehr, nachdem König nochmals ausführlich vernommen, geschlossen, so daß die drei Verhafteten, Kynast, Neßl und Krause, demnächst vor die Richter gestellt werden. König ist von den dargelegten Verletzungen soweit wieder hergestellt, daß er seit zwei Nächten wieder seinen Dienst verrichten konnte; es ist jedoch, da er bei dem Vorfall auch innerliche Verletzungen, namentlich der Brust, an denen er noch ärztlich behandelt wird, davon getragen hat, sehr fraglich, ob er für die Dauer wird im Dienst verbleiben können.

In der Friedrichstraße, unweit der Linden, befindet sich ein Restaurant, das, nebenbei bemerkt, 3500 Thlr. Miete kostet. Der Wirth kam vor einiger Zeit auf den Gedanken, das Bier pro Seidel (früher 1½ Sgr.) jetzt um 1/4 Sgr. zu erhöhen (also 2 Sgr.) und siehe da, die Berechnung hat ergeben, daß dieser Sechser, in Seideln multipliziert, die Miete vollständig deckt. Probaturum est.

Den Restaurateuren und Schankwirthcn droht übrigens eine Agitation ganz eigener Art gefährlich zu werden. Mit den Bestrebungen derselben, die Preise der Speisen und Getränke in die Höhe zu treiben, sind auch die Ansprüche der Kellner gewachsen, aber leider ebenfalls auf Kosten der Gäste. Die Trinkgelberspenden werden jetzt von den

den höchsten Kreisen empfohlen und angelegentlichst urgirt worden. Sogar der Ankauf von britischen Inseln ist diskutiert worden, obwohl ein solcher Plan noch nicht die Sanction offizieller Autorität erhalten hat. Die neueste Idee ist die Acquisition der Sandwich-Inseln. Die Sandwich-Gruppe liegt in der direkten Route zwischen San Francisco auf der einen Seite und Australien und dem indischen Archipelagus auf der anderen Seite, und nicht weit außerhalb des Geleises der Reise nach China. Die Inseln haben gute Häfen, einen fruchtbaren Boden und ein Klima, das die Erzeugnisse der gemäßigten Zone mit jenen der tropischen mit einander vereinigt. Sie würden ohne Zweifel eine wichtige Acquisition für eine thätige Nation sein, die im Stande ist, einen Handel mit den endlosen Millionen von China und Indien zu entwickeln. Die Amerikaner haben seit der Regelung der Küsten des Stillen Meeres natürlicherweise die Führung auf den Inseln übernommen, und eine amerikanische Bevölkerung wird allmähig den Platz derjenigen, welche jetzt existirt, einnehmen.

Rußland und Polen.

§§ **Petersburg, 6. Januar.** Aus den Ostseeprovinzen sind mit der neuesten Post zwei Nachrichten eingelaufen, von denen die eine als tieferstüttendes, schmerzliches Ereigniß die weitesten Kreise unserer Stadt bewegt, die andere das größte Aufsehen im ganzen Lande erregt, so daß es sich wohl verlohnt, näher darauf einzugehen. — Professor Bessard in Riga — so lautet die erste Notiz — ist am 21. Dezember alten Stils (2. Januar) von der Eisenbahnbrücke, welche den Durchlaß der verlängerten Herrenstraße überspannt, herabgestürzt und hat sogleich den Tod gefunden. Er hatte sich mit einem Studierenden des Polytechnikums dorthin begeben, um die Senkung der Brücke beim Passiren eines Zuges zu beobachten. Der dahinvollende Waggon faßte mit seinem Trittbrett den Polytechniker, doch gelang es dem Schaffner denselben zu halten. Ob Professor Bessard ebenfalls einen Stoß von dem Waggon erhalten, konnten die Zeugen des Unglücksfalles nicht wahrnehmen. Genug, er stürzte kopfüber auf das Pflaster der unteren Straße. Ärztliche Hilfe war bald zur Hand, aber vergeblich. Das Polytechnikum verliert in dem Dahingegangenen einen seiner tüchtigsten Lehrer. Aus schwierigen Verhältnissen sich mit eigener Kraft emporarbeitend, vom Handwerksmann und Landeschulmeister zum Ingenieur und Professor aufringend, war Bessard in allen Kreisen hochgeschätzt. Er war Schweizer von Geburt. Seine Wittwe weilt augenblicklich im Auslande, die Trauerbotschaft erreicht sie in der Ferne. — Die zweite, wie schon bemerkt, das größte Aufsehen erregende Nachricht ist der plötzlich erfolgte Rücktritt des Herrn Karl v. d. Necke-Paulsgnade von dem Amte des kurländischen Landesbevollmächtigten. Es war nämlich ganz plötzlich, ohne daß die Vertretung des Landes oder die Gouvernements-Obrigkeit davon Kenntniß erhalten hatte, die Präfektur an den für Kurland mehr als um's Zehnfache erhöht worden. Es scheint Herrn v. d. Necke, der sich dieserhalb nach Petersburg begeben hatte, nicht gelungen zu sein, dem vor ihm vertretenden Lande Erleichterungen zu verschaffen, noch eine sichere Gewähr für die Zukunft zu erhalten. Der deshalb erfolgte Rücktritt eines Mannes, der ein so hohes Landesamt zehn Jahre hindurch bekleidete, ruft in allen, auch in den nicht unmittelbar betroffenen Kreisen des Landes die Gefühle banger Besorgniß wach.

Asien.

Die Hochzeit des Kaisers von China hat, wie die neuesten Posten aus dem fernen Oriente melden, anstatt die Beziehungen zu den europäischen Mächten zu bessern, neuen Anlaß zu Reibungen gegeben. Während zur Zeit der Hochzeit der geringste und verachtetste chinesische Ruli in vollkommener Freiheit in den Straßen von Peking herumlungern durfte, hatte die chinesische Regierung an die verschiedenen Gesandtschaften das höchst taktlose Ansinnen gestellt, sie mögen ihren betreffenden Unterthanen „verbieten“, die Ceremonie anzusehen, sich überhaupt davon ferne halten. Der französische Gesandte gab die Antwort, die auf dieses Ansinnen paßte, d. h. keine besonders artige; er lehnte es kurzweg ab. — Sein britischer Kollege, der Sinologe Mr. Wade, fand aber daran durchaus nichts Anstößiges u. willfahrte ohne weiteres der Aufforderung der chinesischen Regierung — ob seine Hoffnung, durch Zuborkommenheit in seinen Studien chinesischer Sprache und Literatur u. von eben dieser Regierung unterstützt zu werden, auch nur halbwegs begründet ist, steht noch sehr in Frage. Jedoch keinesfalls hatte er als Vertreter Englands das Recht, sich so viel zu verhehlen, und die dortigen, sowie die englischen Blätter geben auch unvorhergesehen dieser Meinung Ausdruck.

In der in London erscheinenden „London and China Express“ wird

Kellnern als ein ihnen schuldiger Tribut angesehen, der im Weigerungs-falle, oder auch nur wenn er nicht die gewünschte Höhe erreicht, den Gästen wenigstens indirekt mit aller möglichen Impertinenz abverlangt wird, und zwar in verschiedenen Lokalen unter offenbarer Zustimmung der Wirthe. Die Ermägung dieses Uebelstandes hat nun eine Anzahl junger Männer zu dem Entschluß getrieben, im Guten oder im Bösen dahin zu wirken, daß die Lokalbesitzer ihre Kellner entsprechend besolden, damit fernerhin die indirekte Nöthigung zum Trinkgeldegeben in Wegfall komme. Vorläufig unternehmen diese Agitatoren nur Bierreisen, um eine möglichst große Anzahl von Freunden für ihren Zweck zu gewinnen. Wenn ihnen dies gelingt, so werden wir bald das Schauspiel einer „großen Volksversammlung behufs Abschaffung der Kellnertrinkgelber“ erleben.

Der Besitzer des Orpheums macht durch Säulenaufschlag bekannt, daß er die Bälle in den Räumlichkeiten seines weltberühmten Lokals eingehen lassen wird, um die letzteren den Besuchern des Reunion-Theaters zur Verfügung zu stellen.

Den weltbekannten rigorosen Paragraphen der Berliner Mieths-kontrakte hat der sehr liberale und sehr fromme Produktenhändler Scheiding einen neuen hinzugefügt: er hat sämtlichen Mietern seines Hauses Stallschreiberstraße 23 und 23A., deren Kontrakt zu Ostern abläuft, die Wohnung gefälligst und der anderen Hälfte zu Michaeli ein gleiches Verfahren in Aussicht gestellt, — weil sie ihm bei der letzten Stadtverordnetenwahl ihre Stimmen verweigerten. Dr. Scheiding unterzeichnete i. Z. in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Konfessionsständischen Bezirksvereins eine Denunziation an den Staatsanwalt gegen einen Brauereibesitzer in der Neuen Grünstraße, der seinem Hausknecht mit Entlassung gedroht hatte, falls er bei der Abgeordnetenwahl nicht für den konservativen Kandidaten stimmen werde.

* **Berlin, 7. Januar.** Der Landschafts-Direktor, Hauptman a. D. v. Britz mit auf Rastumir in Oberhessen, der sich die Feiertage über hier aufhielt, hatte gestern Nachmittag das Unglück, unter den Linden an der Friedrichstraße-Ecke unter einen Wagen — wahrscheinlich einen Omnibuswagen — zu geraten und überfahren zu werden. Ein Dienstmann hob den schwer an Kopf und Schultern Verwundeten hinter einem Omnibus auf, trug ihn nach einer Droßke und brachte ihn nach Hause. Herr v. Britz war zwar bei Bewußtsein, konnte aber nicht sprechen und ist leider gestern um 5 Uhr an den erhaltenen Verletzungen gestorben.

das Vorgehen Mister Wade's in den schärfsten Ausdrücken gegeistet. Unter Anderem heißt es dort:

Die Herren der englischen Gesandtschaft waren in der That durch diese chinesische Impertinenz in eine Kategorie mit den der niedrigsten Rasse angehörigen Eingebornen gestellt. Ja man nahm nicht einmal die Ruhestörungen, die auf den Straßen in Folge der Gegenwart der Europäer hätten stattfinden können, zum Vorwande. Die Chinesen wissen recht wohl, daß die in Frage stehenden Fremden die Jahre hindurch ganz frei mit den Eingebornen bei Gelegenheiten, wie das Laternenfest, wo die Straßen noch weit gefüllter sind als während des Hochzeitszuges, verkehrten. Man gab einfach an, daß der Anblick von Fremden bei den Tausenden von Hofbeamten Mißbehagen erregen könnte. Nicht die Masse des ungebildeten Volkes, sondern die „Literati“, die Schriftgelehrten, die offiziellen Freunde des Fortschritts, konnten den Gedanken nicht ertragen, daß die Barbaren dieselbe Luft wie der Sohn des Himmels einathmen sollten. . . .

Der Artikel des englischen Blattes schließt mit der Forderung, daß Mr. Wade wegen seines Vorgehens von dem Parlament in Untersuchung gezogen werde. Die fremden Gesandten selbst sind übrigens der Feierlichkeit ebenfalls fern geblieben; sie hatten sich nämlich mit Recht geweigert, der Zeremonie des Koton (das ist die neunmalige Niederwerfung) zu unterziehen, und so kam es, daß nur die Gesandten der Tributstaaten Korea, Anam und Lu-Tschu der Feier beizuhöhen.

Vom Landtage.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 7. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg mit zahlreichen Kommissarien.

Das Haus ehrt zuvörderst das Andenken des am 23. v. M. verstorbenen Abg. Böhm (2. Koblenzer Wahlbezirk). Der Abg. Janssen hat sein Mandat niedergelegt. Es kommen zwei Schreiben an den Präsidenten v. Forckenbeck zur Verlesung, das eine vom Fürsten Bismarck: „Mittelt der abschriftlich anliegenden Allerhöchsten Ordre vom gestrigen Tage haben Se. Majestät der Kaiser geruht, mich zum Präsidium des preussischen Staatsministeriums mit der Bestimmung zu entsenden, daß der Vorsitz im Staatsministerium an den ältesten Staatsminister übergehen soll. Hiernach wird dieser Vorsitz von dem heutigen Tage ab von dem Kriegsminister Grafen v. Koon übernommen werden. Berlin, den 22. Dezember 1872. Beigefügt ist die Abschrift der bekannten Kabinettsordre an den Fürsten.“ Das zweite Schreiben ist vom Ministerpräsidenten Grafen v. Koon, in welchem derselbe die Ernennung des Generals v. Ramecke zum Staatsminister anzeigt.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern leitet Abg. Lasker durch folgende Bemerkungen ein: Am letzten Tage vor den Ferien habe ich den Antrag unterstützt, den heutigen Gegenstand der Berathung von der Tagesordnung abzuheben. Es schwebte damals nach ziemlich glaubwürdigen Nachrichten ein Schritt der Regierung, den ich vorher zur Sprache bringe, in der Luft. Ich weiß nicht von welchem Minister, eine Androhung gegen Mitglieder dieses Hauses erlassen sein, daß sie entweder ihr Mandat niederlegen sollten, oder aus ihrem Amte entfernt werden würden. Solche Androhung schien mir ein gegen das ganze Haus gerichteter Schritt zu sein, der als solcher nicht als Privatangelegenheit der betreffenden Mitglieder, sondern vom ganzen Hause hätte diskutiert und zurückgewiesen werden müssen. Nun aber ist mir auf genaue Erkundigung zur Kenntnis gekommen, daß diese Androhung von keiner der maßgebenden Autoritäten mit ihrer Verantwortlichkeit vertreten wird, und, dies als richtig angenommen, liegt somit augenblicklich keine Veranlassung vor, den Gegenstand weiter zu erörtern; ich lasse ihn fallen, weil solche Erörterungen immer peinlich sein würden für die Mitglieder des Hauses, die von einer solchen Androhung berührt worden wären. Ich nehme also an, daß wir in der That falsch berichtet worden sind, oder daß die Dinge, die vorbereitet gewesen sind, wieder rückgängig gemacht sind. Sodann aber ist während der Ferien im Kreise der Regierung eine Wandlung vor sich gegangen, die unsere Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch nehmen muß. Der Umstand, daß ein Mann, wie der Fürst Bismarck von der formalen Leitung des Ministeriums zurücktritt, ist schon an sich von so großer historischer Bedeutung, daß ein lebhaftes Interesse im ganzen Lande vorhanden ist, zu erfahren, welches wohl die Motive zu diesem Schritt gewesen sein mögen. (Sehr richtig!) Man pflegt sich sonst wohl bei der Presse zu erkundigen; indessen hat selbst diejenige Presse, die man gewöhnlich für sehr zuverlässig und mit Autorität bekleidet zu halten, diesmal so eigenbümliche Querzüge gemacht, und ihre Mittheilungen haben sich so ganz als wahrheitswidrig erwiesen, daß wir annehmen müssen, es sei feiner da, der eine Verantwortung für diese offiziellen Auslassungen irgend übernehmen möchte. Daß ferner diese Wandlung gar nicht in der ersten Weise, wie sie wenigstens dem Publikum zuerst erschienen ist, aufrecht erhalten, sondern daß an die Stelle des Fürsten Bismarck der Graf Koon getreten ist, ist ein weiterer Umstand, der vielfach das Nachdenken anregt und zwar aus Gründen, die gerade mit dem Etat des Ministeriums des Innern in Verbindung stehen. Es soll nämlich Graf Koon seine Entlassung angeboten haben, weil er bezüglich der Kreisordnung nicht im Einklange mit seinen übrigen Kollegen sich befand. Wenn nun der Graf Koon an die Spitze des Ministeriums getreten ist, so tritt naturgemäß die Frage in den Vordergrund, ob nicht in dem weiteren Fortschritt dieser Reformen ein Stillstand eintreten oder wenigstens ein anderer Weg eingeschlagen werden soll als ursprünglich beabsichtigt war. Ich glaube, wir dürfen mit einiger Zuversicht erwarten, daß die Regierung in nächster Zeit Gelegenheit nehmen werde, der Volksvertretung über die Bewegung im Ministerium Aufklärung zu geben. Vielleicht würde eine andere Volksvertretung geglaubt haben, in der Berathung des Etats nicht weiter vorzugehen zu können, so lange diese Dunkelheit noch obwaltet. Wir aber, M. H., haben von 1866 an gelernt, bei dem zwiespältigen Zustand der Regierung, der ja so vielerlei Wandlungen erfahren hat, zum Theil durch Wandlungen von Personen, zum Theil durch Wechsel von Tendenzen in denjenigen Personen, welche geblieben sind, das sachliche Vorgehen zu trennen von den Personen, so weit nicht die Personen als Hindernisse dieses Vorgehens auftreten. Indem nun die Sache so liegt, und indem ich für meine Person von der Ueberzeugung getragen bin, daß diejenige Richtung, welche nothgedrungen das zum Theil konservative Ministerium bisher hat befolgen müssen, nicht etwa durch ein persönliches Verleihen, sondern durch den Zwang der deutschen Verhältnisse diktiert worden ist und daß diesem Zwang ein eigentlicher Widerstand mit Erfolg in keiner Weise wird entgegenzusetzen werden können, bin ich für meine Person beruhigt. Ich nehme aber an, daß die Gelegenheit von der Regierung selbständig benutzt werden wird, um dem Lande eine Erklärung zu geben vor der Volksvertretung, welche ein Recht darauf hat, zu wissen, was derartige Beschlüsse bedeuten. Nach meinem Geschnade würde eine solche Erklärung am wirksamsten sein, wenn die Regierung mit ernstlichen Maßregeln vorgehen würde, die gewissermaßen sich selbst erklären, wenn sie durch Regierungsbefehle und thun würde, daß diese ihre Wandlung keineswegs eine Hemmung auf der bisher beschrittenen Bahn sein solle. Ich glaube aber, daß die jetzt bestehende Unsicherheit hierüber uns nicht hindern soll, den heutigen Etat sachgemäß zu beraten, weil wir überall die sachgemäße Berathung zu trennen wissen von der Personenfrage. Aus diesem Grunde enthalte ich mich bei dieser Gelegenheit jedes weitergehenden Antrages.

Der Minister des Innern: Meine Herren, ich könnte mich zu den Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Lasker persönlich vor der Hand stillschweigend verhalten und die Erklärungen, die er wünscht und die nicht ausbleiben können, dem Herrn Ministerpräsidenten überlassen, ich glaube aber doch, daß ich befugt und vielleicht auch verpflichtet bin, wenige Worte zu sagen, um die Beunruhigung, von der der Herr Abgeordnete spricht, so frühe als möglich zu beseitigen. Der Beweggrund, aus welchem der Reichskanzler Fürst Bismarck das Ministerpräsidium aufgegeben hat, lag einzig und allein in der Un-

möglichkeit, die Geschäfte die ihm als Reichskanzler, Ministerpräsident und auswärtiger Minister oblagen, derart zu überwältigen, wie seine Natur es verlangt, d. h. eingehend, eindringlich und mit voller Verantwortung. Er hatte die Ueberzeugung, daß dieses in seiner bisherigen Stellung unmöglich sei. Deshalb hat er eine Entlastung gewünscht und seinen Wunsch speziell auf die Entbindung von dem Ministerpräsidium gerichtet. Se. Majestät sind darauf eingegangen. Die Schwierigkeit war nur die, zu vermeiden, daß aus der Niederlegung des Ministerpräsidiums im Publikum der Schluß gezogen würde, der Ministerpräsident wolle in Bezug auf sein Verhältnis zum preussischen Ministerium eine zurückhaltende Stellung einnehmen und sich von der Verwaltung der preussischen Angelegenheiten quasi zurückziehen. Dies hat niemals in dem Willen des Fürsten gelegen und würde den Intentionen des Königs direkt widersprechen. Der Fürst proponierte, als auswärtiger Minister Mitglied des Ministeriums zu bleiben, das Präsidium zunächst dem ältesten Minister abzutreten und auf diese Art Zeit zu gewinnen, die ihm speziell obliegenden Geschäfte mit voller Verantwortlichkeit zu erfüllen, zugleich aber an den preussischen Geschäften soweit Theil zu nehmen, als seine Spezialgeschäfte es ihm gestatteten und mit dem preussischen Ministerium in so innerem Zusammenhang zu bleiben, daß das Ministerium nicht aufhörte, Ministerium Bismarck zu sein. In dieser Weise hat sich die Umgestaltung des Ministeriums vollzogen. Daß der älteste Minister, Graf Koon, demnach auch zum Ministerpräsidenten ernannt worden ist, ändert in dieser Sache und in dieser Auffassung nichts; Se. Majestät (!) haben es nicht für geeignet gefunden, das Ministerium bloß im Allgemeinen unter dem Vorstehe des ältesten Ministers fungieren zu lassen, dieses Präsidium auch derart zu fixieren, daß dem ältesten Minister der Titel Ministerpräsident gegeben worden ist. In der Sache ändert das nichts. Wenn Sie — und ich glaube, Sie haben keine Veranlassung, daran zu zweifeln — davon überzeugt sind, daß der Fürst in seinem Verhältnis zum Ministerium bleiben wird, wie er war, dann meine ich Ihnen doch gut, Befürchtungen und Beunruhigungen einstweilen zurückzulassen. Warten Sie auf dasjenige, was Herr Abg. Lasker richtig bezeichnet hat, auf Maßregeln, die für sich selbst sprechen, und ich glaube, Sie werden noch im Laufe dieser Session zu der Ueberzeugung kommen, daß, so betrübend es Ihnen in vieler Beziehung sein mag, daß Fürst Bismarck nicht mehr formell an der Spitze des Ministeriums steht, in der Sache selbst doch wesentlich nichts geändert ist.

Abg. Birchow: Es wurde für das Land beruhigender gewesen sein, hätte der Herr Ministerpräsident selbst die eben gehörte Erklärung gegeben (sehr richtig links). Ich fürchte, daß der Herr Minister des Innern ebenso vom Ministerpräsidenten demittirt werden möchte, wie die „Provinzial-Korrespondenz“ vom „Staatsanzeiger“. Beruhigende Erklärungen sind gar viele ins Land gegangen, und von einem Tage zum anderen hat sich ergeben, daß die dem Herrn Minister des Innern unterstellten Beamten schlecht unterrichtet waren. Ob Graf Eulenburg dieselben nicht gehörig unterrichtet hat, ob er sie nach ihren eigenen Inspirationen das Land beruhigen ließ, oder ob er selbst bei Ertheilung seiner Informationen über die Situation in einer Täuschung war, — das zu hören wäre interessant, weil man daraus sehen könnte, in wie weit er sicher ist, daß seine eben abgegebenen Erklärungen für die Zukunft zutreffen werden. Denn ein Widerspruch liegt doch in dem, was er eben sagte. Er urteilt immer, es habe sich darum gehandelt, nicht eine bloß formelle Aenderung herbeizuführen; der Gegenstand dazu sollte doch eine materielle Aenderung sein. Nun sagt er aber in demselben Zusammenhang: in der Sache ist nichts geändert, das Ministerium bleibt ein Ministerium Bismarck. Ich will nicht auf das Gebiet der abstrakten Logik eingehen, aber wenn ich mich nicht nur auf das Gebiet der uns bekannten Persönlichkeit stelle, so muß ich doch sagen, daß Graf Koon sich uns nie als ein Strohmann gezeigt, sondern sich stets als eine sehr entscheidende Persönlichkeit bewiesen hat. Mit Recht hat man ihn den Keil genannt, der das alte liberale Ministerium stürzte, und so könnte vielleicht wieder Herr von Koon ein solcher Keil werden. Warum sollen wir uns ferner der Perspektive verschließen, daß er einmal zum Reichskanzler von Deutschland berufen werden könnte? Sie müssen, M. H., eine gewisse Konsequenz der Dinge anerkennen. Daß Fürst Bismarck einst das allgemeine direkte Wahlrecht einführen wollte, hat ihm vor 10 Jahren auch Niemand gesagt, und wenn Herrn von Koon bei seiner Geburt die Reichskanzlerwürde nicht prophezeit worden ist, so könnte nach der Politik der Dinge doch einmal der preussische Ministerpräsident diese Stelle einnehmen. Es ist hier zwar nicht der Ort, die große Politik zu debattieren, aber die besondere Stellung, die Herr von Koon in der Kreisordnungsfrage eingenommen hat, muß uns doch zu denken geben. Sie alle werden sich erinnern: damals, als das liberale Ministerium seine Kreisordnung vorlegte, waren Sie noch in der Lage eine Kreisordnung mit viel weniger einschneidenden Bestimmungen zu haben, damals war es Ihnen und vielleicht auch Herrn von Koon ganz recht, daß das Ding in den Brunnen fiel. Herr von Koon hat seitdem immer daran gearbeitet, diese Entwicklung nicht vorwärts gehen zu lassen und wie Herr Lasker schon gesagt hat, bei der letzten Katastrophe des Herrenhauses ist er so weit gegangen, daß er sich als entschiedener Gegner der Kreisordnung dargestellt hat, daß er in Folge der zu ihrer Durchbringung notwendigen Schritte sein Entlassungsgesuch eingebracht hat. Was kann es nun bedeuten, daß wir ihn plötzlich an der Spitze des Ministeriums sehen? (Hört!) Und glaubt denn der Herr Minister des Innern bei seinen Reformen sich des Einflusses des Ministerpräsidenten ledig zu setzen? (Sehr richtig!) Die Stellung des Ministerpräsidenten soll doch die leitende im preussischen Ministerium sein. Wie kann man denn glauben, daß Herr v. Koon auf seinen Einfluß, den er beanspruchen kann und sogar verfassungsmäßig beanspruchen muß, verzichten und die Hände in den Schoß legen werde, daß er mit Freudigkeit den Minister des Innern bei der Ausführung der Kreisordnung unterstützen werde, während er früher bei der Kreisordnung seine Entlassung gefordert hat? Ja, ich darf wohl daran erinnern, daß nicht allein die Ernennung des Ministerpräsidenten überrascht hat, wir haben uns dieselbe Zeit gesehen, daß ein hervorragendes Mitglied (Wagner), welches wir früher auf jener Seite (nach rechts) so oft in Ihrem Sinne haben plaidiren hören, in eine der einflussreichsten Stellungen im Staatsministerium gerückt ist; ja, daß in jedem Augenblicke, wenn einmal die Frage der Besetzung der Oberpräsidien auftaucht, das zweite Mitglied, welches immer nach derselben Seite agierte, sein Haupt, wenigstens den Schatten seines Hauptes, sehen läßt. (Sehr gut! Heiterkeit.) Also, meine Herren, die Sachen gehen vorwärts in dem Sinne, daß das gegenwärtige Ministerium immer mehr in das konservative, und zwar in das altkonservative Lager treibt — nicht, daß wir darüber beunruhigt würden, denn wir haben nie daran geweltet, daß in den entscheidenden Kreisen die Sympathien mit den Konservativen die hervorragenden sind, und daß der Feudalismus bei uns keineswegs gebrochen ist. Unsere ganze Thätigkeit beruht ja wesentlich darauf, daß wir uns bemühen, den Kampf gegen diese unberechtigte Tradition zu führen, und wir würden uns vielleicht unwohl fühlen, wenn gar kein Feudalismus in Preußen mehr vorhanden wäre. (Große Heiterkeit.) Also wir werden mit frischen Kräften auch in dieses Stadium eintreten. Aber wenn der Herr Minister des Innern immer noch fortfahren will mit kalmirender Politik, wenn er uns immer noch sagen will: es ist das alte Ministerium Bismarck, da muß ich sagen: ich bedarf allerdings bestimmterer Erklärungen, als diejenigen, die der Herr Minister des Innern zu geben im Stande ist. Ich würde es sehr begrüßend gefunden haben, wenn bei einem so entscheidenden Wendepunkte der Politik das gesamte Staatsministerium mit einem Programm vor das Land getreten wäre. (Oh! rechts; sehr wahr! links.) Es handelt sich nicht um die Frage des Feudalismus allein, sondern auch um die Frage des Ultramontanismus, um die Position Preußens in Deutschland, und wie wir wohl nicht umhin können zu sagen, um die weitere Position, welche Preußen und Deutschland in der heutigen Kulturbewegung einnehmen soll. Das alles hängt damit zusammen und ist wichtig genug, um uns die bloße Beunruhigung, als handle es sich nur um eine Erleichterung für den Reichskanzler, als nicht befriedigend erscheinen zu lassen. Die preussischen Minister haben doch immer, wenigstens theoretisch ihre Verantwortlichkeit anerkannt, und im Zusammenhange mit derselben müssen sie auch mit Bestimmtheit ihre Stellung zu den großen Aufgaben des Volkes und der Regierung be-

zeichnen. Das vermessen wir, das versteht uns in ein Gefühl der Unsicherheit, die uns in diesem Augenblicke beunruhigt, weil die ersten Voraussetzungen, die für die regelmäßige Fortführung des religiösen Kampfes nötig waren, in demselben Augenblicke in Frage gestellt werden, wo die Wendung in der Leitung des Ministeriums eingetreten ist. Daher konstatire ich hier, daß Niemand im Lande, soweit meine Kenntnis der Stimmung reicht, sich eigentlich sicher fühlt in dem, was kommen wird. Mit Unsicherheit und Zweifel sieht jeder in die Zukunft, und sollen wir uns entschließen, wieder in offene Opposition zu treten, so werden wir es ohne Bedenken thun, aber wir wünschen zu wissen, wie wir es thun müssen. Auch wir verlangen, daß die Regierung uns sage, was sie will, um darnach zu bemessen ob wir sie als eine feindliche oder feindliche zu betrachten haben. (Bravo!)

Minister des Innern: Ich möchte zuerst ein paar Worte sagen über die Bemerkungen, die zur Geltung der offiziellen Presse gemacht worden sind. Zum Theil wurde sie als wahrheitswidrig dargestellt, zum Theil als sehr schlecht unterrichtet. Nun, wahrheitswidrig, da weiß ich nicht, worauf sich das beziehen kann, schlecht unterrichtet, insofern vielleicht, als wenn man am Mittwoch etwas drucken muß, man unmöglich das drucken kann, was erst am Donnerstag geschiedet und was man bis dahin nicht wußte! (Hört! hört!) Sie wissen, daß die „Provinzial-Korrespondenz“ am Mittwoch erscheint, wenn nun beispielsweise am Dienstag verhandelt und beschlossen wird, daß der Ministerpräsident den Posten als Ministerpräsident aufgeben will, und daß der älteste Minister den Posten übernehmen soll, und wenn man weiß, daß Se. Majestät sich mit diesem Gedanken einverstanden erklärt haben, daß aber Weiteres, wie sich das nun formell gestalten soll, noch vorbehalten wird, so kann das offizielle Blatt nichts Anderes schreiben. Und wenn nun in den nächsten acht Tagen der Beschluß gefaßt wird, der älteste Minister soll nicht bloß dem Anciennitätsverhältnisse nach, sondern als wirklicher Ministerpräsident den Vorsitz des Ministeriums führen, so kann die nächste „Provinzial-Korrespondenz“ doch nichts thun als sagen: So ist es gekommen. Wenn zwischen einem und dem andern Mittwoch diese Wendung eintritt, so mögen Sie sagen: Die „Provinzial-Korrespondenz“ ist schlecht unterrichtet; wäre Alles einen Tag früher gekommen, so wäre sie vielleicht besser unterrichtet gewesen. Das ist eben das Schicksal der Zeitungen.

Nun aber will ich vorbehaltlich dessen, was bei Gelegenheit der Ministerpräsidenten Graf Koon Ihnen sagen wird, doch in seiner Abwesenheit hervorheben, daß die Voraussetzungen, von denen meistens theils bei der Beurtheilung seiner Haltung während der Kreisordnungsfrage ausgegangen wird, wirklich nicht zutreffen. Graf Koon war natürlich als Kriegsminister und diesen Gesetzsatzarbeiten ferner stehend bis zu einem gewissen Zeitpunkt hin über die wirkliche Tragweite jedes einzelnen Paragraphen der Kreisordnung nicht so informiert, wie es derjenige Minister sein muß, der die Sache vertritt, oder derjenige, der sonst näher bei der Ausführung des Gesetzes betheiligt ist. Je mehr die Sachen sich aufzuklären, desto mehr trat, wie das in der Natur der Sache liegt, an jeden einzelnen Minister der Anspruch heran, sich sehr genau mit der Tragweite jedes Paragraphen des Gesetzes bekannt zu machen und sich über seine Stellung zu demselben zertüchtigen. Als der Kreisordnungsentwurf im Herrenhause abgelehnt war, und es nun darauf ankam fernere Schritte zu beraten, ist auf Anstehen des damals stellvertretenden Ministerpräsidenten Grafen Koon noch einmal zu einer ganz speziellen Durchberatung geschritten worden, und ich kann, versichern, daß dasjenige Projekt, welches ich die Ehre hatte Ihnen vorzulegen und welches jetzt Gesetz geworden ist, von Anfang bis zu Ende die Zustimmung des Grafen Koon erhalten hat. Das kann ich positiv versichern. Ein Zeichen dafür ist, daß Graf Koon, der die Thronrede verlas, mit eigenem Munde diejenigen Rundgebungen machte, welche die Vorläufer zu demjenigen waren, was jetzt zur Thatsache geworden ist. Sein Abschiedsgesuch hängt mit der Kreisordnungsfrage gar nicht zusammen, sondern es haben da gewisse persönliche Rücksichten eine Rolle gespielt, die ich nicht in der Lage bin auseinanderzusetzen, die ich auch im Detail nicht weiß. Eine Besetzung dieser persönlichen Rücksichten ist die Veranlassung gewesen, daß er hinterher wieder eingetreten ist, nachdem er die Beurlaubung erlangt hatte, deren er zu bedürfen glaubte. Ich kann aber versichern, daß die Kreisordnungsfrage, so wie sie zuletzt behandelt worden ist, kein Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Grafen Koon und dem übrigen Staatsministerium gewesen ist. Ebenso ist die Frage wegen der Verstärkung des Herrenhauses prinzipiell kein Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und uns gewesen, und nur über die Art, wie der Paragraf sich zu Stande zu bringen sei, haben sich Meinungsverschiedenheiten herausgestellt, die sich hinterher ausgleichen haben. Nun weiß ich in der That nicht, wie nach dieser einfachen Darlegung der Sache noch jetzt vom Ministerium ein Programm verlangt werden kann. Wir bestreiten ja eben, daß irgend eine wesentliche Aenderung in der Zusammenfassung stattgefunden hat; ein Programm würde der Sache erst recht die Wendung geben, als kämen wir als neue Mitglieder und mit neuen Intentionen zusammen. Sehen Sie als unser Programm unsere Thätigkeit seit der Zeit an, wo wir zusammen sind, und Sie werden die Bestätigung unseres Programmes in den Maßregeln finden, welche Ihnen von uns werden unterbreitet werden.

Abg. Windthorst (Neppe): Ich weiß nicht, ob es vielleicht daran liegt, daß es heute im Hause auffallend dunkel ist, aber ich bin durch alle hier abgegebenen Erklärungen gar nicht erleuchtet. Die Veränderungen, die wir erlebt, haben mich vollkommen kalt gelassen; denn ich habe mir dasselbe gesagt, was heute der Minister des Innern sagte: es bleibt Alles beim Alten. Ich hätte daher gar nicht das Wort ergriffen, wenn nicht die Herren Lasker und Birchow eine mir fast unerklärliche Aengstlichkeit und Beunruhigung gezeigt hätten. Eine Erklärung hierfür hätte man vielleicht finden können in dem Datum der Veränderung. Der 21. Dezember ist der Tag der Sonnenwende, und man könnte denken, es wäre allerdings eine Wendung eingetreten, um endlich aus den düsteren Zergängen unserer inneren Politik herauszukommen. Diese Furcht scheint die Herren zu beherrschen. Indes der 21. Dezember ist auch der Gedächtnistag des Apostel Thomas, des Zweiflers, und darin liegt schon ein großer Trost; denn es bleibt der Zweifel übrig, ob wirklich die Wendung, die ich meinerseits begrüßen würde, eintritt. Endlich ist aber der 21. Dez. auch noch der kürzeste Tag im Jahre und ich will wünschen, daß die Neubildung im Ministerium nicht so etwas von dem kürzesten Tage an sich hätte. Allerdings aber haben die Vorgänge eine große staatsrechtliche Bedeutung. Von einem Programm will ich gar nicht sprechen. Man kann wunderschöne Programme schreiben; es kommt darauf an, was davon gehalten wird. Zum Programm schreiben haben wir ja die Provinzial-Korrespondenz, die wenigstens das Verdienst hat, dann und wann kurze Stillschüben zu liefern, Inhalt nie. Dann fragt es sich, so sehr ich anerkenne, daß die Krone die unbedingte Berechtigung in der Wahl der Personen hat, weshalb ich mich auch jeder Aeußerung über Personen, die berufen oder entlassen sind, enthalte, ob wir nicht darauf Bedacht nehmen müssen, uns klar und bewußt zu werden, wie denn eigentlich das Staatsministerium komponirt werde und welche Stellung darin der Präsident zu den andern Ministern habe; denn sonst könnten wir erleben, daß wir nach den Erfahrungen eines Paragrafen unter Umständen auch einen Ministerstichs bekämen. (Heiterkeit.) Meine Herren, die Sache ist sehr ernst. Herr Birchow hat bereits auf die Verantwortlichkeitsfrage hingewiesen, und darauf allein hat die Volksvertretung zu achten. Wenn es zulässig ist, daß zunächst in das Staatsministerium ein Minister geschickt wird, für viele und die wichtigsten Dinge, wie der Staatsminister Delbrück, dessen Aufgabe für das Staatsministerium in keiner Weise definiert ist, der niemals hierbei kommt, von dessen Thätigkeit und Verantwortlichkeit wir gar nichts wissen; wenn dann im Ministerium der Vorsitz geändert wird, und die „Provinzial-Korrespondenz“ sagt, Bismarck wird das Präsidium führen und morgen ein neuer Ministerpräsident kommt mit einem Adlatus, von dem wir wieder nicht wissen, was seine Stellung im Staatsministerium und wie sein Verhältnis zum Präsidenten desselben ist, — dann ist es in der That an der Zeit, die organische Einrichtung des Staatsministeriums ins Auge zu fassen und sich darüber klar zu werden, ob wir nicht bestimmte Urträge zu stellen haben. Diese Frage lassen Sie uns ernst und besonnen erwägen und die anderen Geschichten lassen Sie bei Seite. Es wird ja auch für diese die Gelegenheit kommen und der

(Fortsetzung in der Beilage.)

Abg. Borchow mag sich beruhigen: er wird die Gelegenheit haben, kirchliche Reden zu halten. Dann werden wir aber auch dazu beitragen können, die Frage klar zu stellen, wie sich das preussische Staatsministerium zur Leitung und Regierung des Reiches eigentlich verhält. Ich habe diesen Punkt bisher noch niemals zur Sprache gebracht, weil ich mir sagen mußte: wir haben doch im Abgeordnetenhaus wie im Reichstage den Fürsten Bismarck als den verantwortlichen Mann vor uns. Nachdem er uns aber, wie jetzt geschehen, zum guten Theil in seiner Verantwortlichkeit zum guten Theil enttrückt ist, kann ich dieses Schweigen nicht mehr beobachten und muß absolut darauf dringen, daß wir hierin Klarheit gewinnen. Wäre die jetzige Einrichtung als eine dauernde zu betrachten, so würde es allerdings sehr fraglich erscheinen, ob Preußen noch das Präsidium im Reiche hat, und der Ansehen entziehen, als ob das Präsidium von Preußen auf einen Mann übergegangen ist. Diese Seite der Sache ist außerordentlich weittragend. Das Abgeordnetenhaus allein kann ja das auch gar nicht lösen. Es wird die Reichsgewalt und Reichsautorität dabei mitzuwirken haben. Aber die Frage wird und muß erörtert werden. Ich habe nicht gewußt, daß sie heute schon angeragt werden würde und bin darum noch nicht vollständig vorbereitet, bestimmte Anträge anzukündigen; aber es ist doch sehr gut, daß die Sache bei Zeiten zur Sprache kommt, damit wir alle darüber nachdenken und auch die Presse im Stande ist, diese Umstände zu erwägen.

Abg. v. Kardorff: Darin hat der Vorredner Recht, daß es unbillig wäre, schon jetzt ein Programm von dem Ministerium zu verlangen; das beste Programm ist das Vorliegen guter Gesetze und die hat der Minister versprochen. Es ist nun allerdings eine Frage von eminenter Wichtigkeit, ob es im Interesse des preussischen Staates ist, daß der Ministerpräsident und der deutsche Reichsfürst ein und dieselbe Person sei. Die Bedenken gegen die Trennung beider Posten halte ich für sehr erheblich. Wenn aber der Vorredner noch auf die gefamte Bildung unseres Staatsministers hingewiesen und uns Anträge verleiht hat bezüglich der Bildung des Staatsministeriums und bezüglich der ganzen staatsrechtlichen Stellung derselben, so fürchte ich allerdings, diesen Anträgen nicht zustimmen zu können. Ich und meine Freunde verlangen in erster Reihe ein homogenes Ministerium. Ich glaube, daß das ein für jede Landesvertretung berechtigter Wunsch ist. Nun meine ich, daß Fürst Bismarck, so lange er im Amte ist, diesen Wunsch seinerseits ebenfalls hegt hat und wenn heute gesagt ist, daß er das Ministerium wegen einer Ueberlastung mit Arbeiten abgegeben habe und weil es ihm nicht möglich sei, die Verantwortung für ein Ministerium zu tragen, um dessen Details er sich nicht bekümmern könne, so ist das wohl richtig, aber es ist ein öffentliches Geheimnis, daß er jederzeit darauf gedrungen hat, daß die übrigen Minister in irgend einer Form der Verantwortlichkeit dem Ministerpräsidenten gegenüberstehen sollten. Und das halte ich in der That für diejenige Entwicklung, welche uns die Zukunft geben muß. Im Uebrigen stimme ich Herrn Kaster darin bei, daß wir nicht allzu ängstlich in die Zukunft zu sehen brauchen. Ob wir ein konservatives oder liberales Ministerium haben, im Wesentlichen wird es immer dieselbe Politik verfolgen müssen und sollten in seinem Schooß Gegensätze hervortreten, so wird das meines Erachtens nur die Wirkung haben, daß sich die Reichskompetenzen weit schneller entwickeln. Also sehen wir vertrauensvoll in die Zukunft, wenngleich ich nicht leugnen will, daß die Staatsregierung das Mißtrauen, welches sich im Lande gegen die gegenwärtige Veränderung geltend macht, bedeutend unterschätzt. Es wird an ihr sein, dies Mißtrauen durch ihre Maßnahmen zu beseitigen.

Abg. Heise protestirt gegen die Auffassung, welche die augenblickliche politische Lage von Seiten der Linken gefunden hat. Die Verfassung garantiert der Krone das unbeschränkte Recht, ihre Minister zu ernennen; die Ausübung dieses Rechtes sei im Landtage nicht diskutabel. (Widerspruch.)

Damit schließt die allgemeine Diskussion und die Prüfung der einzelnen Positionen des Etats des Ministeriums des Innern beginnt. Es liegen zu demselben zahlreiche Anträge der Budgetkommission vor, welche im Wesentlichen den Zweck haben, die Spezialisierung der Ausgaben zu verschärfen und das Tableau der Budgetaufstellung durchsichtiger zu gestalten. Hier und da werden auch die in Einnahme u. Ausgabe veranschlagten Ziffern modifiziert. Zur Position Strafanstaltsverwaltung bemerkt Abg. Ebertz: Im vorigen Jahre beschloß das Haus nach meinem Antrag, die Verwaltung aufzufordern, eine einheitliche Gefängnisverwaltung mit möglichst selbständiger General-Direktion einzuführen. Seitdem ist nichts zur Ausführung dieses Beschlusses geschehen, obwohl die Reform des Gefängniswesens mit jedem Tage dringender wird. Der wichtigste Teil des Strafvollzugs darf nicht in die Hände des Ministers des Innern und des Ministers der Justiz gelegt sein. Dadurch wird die Kontrolle der Verwaltung aufs Aeußerste erschwert. Dafür liefert auch der vorliegende Etat den Beweis. Die verschiedensten Einnahmequellen sind zusammengeworfen, obwohl gerade hier Durchsichtigkeit besonders erforderlich ist, denn es handelt sich um den Nebenverdienst der Gefangenen, und zugleich um die notwendige Rücksicht auf ihre Gesundheit, wegen der Verwendung ihrer Kräfte zum Ackerbau, zu welchem sie in Brasilien und Irland mit dem besten Erfolge verwandt worden sind. — Die englische Regierung überreicht dem Parlament jährlich Blaubücher über Einnahmen und Ausgaben jedes einzelnen Gefängnisses. Die Kosten der Gefängnisverwaltung belaufen sich im Etat des Ministeriums des Innern auf 3 Millionen Thaler und auf ebensoviel im Etat des Justizministeriums. Diese ungeheuren Summen werden in unverantwortlicher Weise verwaltet, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Nation, auf die Erziehung der Gefangenen zur Freiheit, und unverantwortlich in Beziehung auf die zweckmäßige Verwendung der Kräfte der Gefangenen für das Gemeinwohl. Die Reform der Gefängnisverwaltung ist darum dringend nöthig.

Auf Antrag des Abg. Berger (Witten) wird darauf der Namensaufruf vorgenommen und da nur 195 Mitglieder anwesend sind, die Beschlußfähigkeit des Hauses konstatirt und die Sitzung um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Rekt der heutigen Tagesordnung.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 8. Januar.

— In der polytechnischen Gesellschaft wurden am Sonntagabend unter Vorzeigung verschiedener Zeichnungen und Pläne aus der illustrierten Wiener Weltausstellungszeitung Mittheilungen mancherlei Art über die bevorstehende Ausstellung gemacht. Deutschland nimmt in derselben sehr günstige Plätze, zum großen Theil in der Nähe der Rotunde ein, während zwischen dieser Rotunde und der Maschinenhalle mehrere Annexe ebenso, wie der benachbarte Theil der letzteren, gleichfalls für die deutsche Ausstellung bestimmt sind. Das große Ausstellungspalast hat eine Länge von ca. 3000 Fuß (Länge der St. Martinsstraße vom Berliner Thor bis zur Breslauerstraße); die Rotunde 330 Fuß Durchmesser und 230 Fuß Höhe. — Es wurden darauf Mittheilungen über die neue Wollwäscherei der Ostdeutschen Produktenbank auf deren Grundstück neben der Wallisheidebrücke gemacht. Die Wolle wird von den Produzenten dorthin in vollkommen reinem Zustande, ohne vorherige Rückenwäsche, geliefert, und auf diese Weise das Waschen der Schafe zu oft recht unangenehmiger Jahreszeit, wodurch viele Thiere erkranken und sterben, vermieden. Das Verfahren ist dabei folgendes: die Wolle wird zunächst in warmem Wasser aufgeweicht, in welchem verschiedene Chemikalien (deren Hauptbestandtheil wohl kohlensaures Natron ist) aufgelöst sind. Von da kommt die Wolle zwischen Walzen, wird ausgepreßt und dann nochmals in zwei Böttchen mit derselben Lösung von Chemikalien in warmem Wasser, wobei jedesmal nach Herausnahme aus den Böttchen Pressung zwischen Walzen erfolgt. In einem vierten Böttch mit kaltem Wasser wird alsdann die Wolle mittelst einer mechanischen Vorrichtung fein zertheilt und gelockert, wobei andauernd Wasser zuströmt. Nach vollständiger Reinigung der Wolle kommt sie sodann in eine Bentrifugale und auf Drahtgasse behufs vollkommener Trocknung, um

schließlich in die Säcke gepackt zu werden. Durch dieses Waschen verliert die Wolle sehr an Gewicht, indem der mechanisch anhängende Schmutz, fettsaures Kali und Fett aus derselben entfernt werden. 100 Pfund unreine Wolle geben nur 40–45 Pfund reine Wolle, die noch immer etwas Fett enthält, welches nur mit Hilfe von Schwefelsäure entfernt werden könnte; doch ist dies behufs Verwendung seitens der Wollfabrikanten durchaus nicht erforderlich. Jedemfalls ist die in der Wollwäscherei gewaschene Wolle bedeutend reiner, als dies bei der gewöhnlichen Wäsche auf den Schafen erzielt werden kann. Wenn der Zentner ganz ungewaschener Wolle einen Werth von 27 Thlr. hat, so steigt sich der Werth des Ztrs. Wolle durch Behandlung in der Wollwäscherei auf 105–115 Thlr., während der Ztr. Wolle bei gewöhnlicher Wäsche nur einen Werth von 75 Thlr. hat. Bis jetzt hat man das Waschwasser aus der Wollwäscherei in die Barthe abfließen lassen, da der Vertrieb der Wäscherei bis jetzt noch nicht umfangreich genug ist, um diese Wässer mit Vortheil zu verwerten zu können. Man gewinnt das darin enthaltene Fett, welches zur Seifenfabrikation benutzt werden kann, mittelst Zerlegung durch Schwefelsäure, welche sich mit dem Kali und Natron des Waschwassers vereinigt, so daß dann die Fettsäure frei wird. Früher hat man dieses Waschwasser mittelst kohlensauren Kalts zerlegt und fettsauren Kalt gewonnen, welcher zur Gasfabrikation verwendet wurde. — In einer der früheren Sitzungen wurde eine Mittheilung über das Kadaverische Ozonpulver gemacht, welches nach den Anpreisungen mit Vortheil als Desinfektionspulver benutzt werden soll. Die Untersuchung hat ergeben, daß dasselbe lediglich aus Chlorkalk mit etwas Kohle besteht, und beim Uebergießen mit Schwefelsäure, wie dies vorgeschrieben wird, kein Ozon, sondern Chlor entwickelt. Die Beimischungen von einer Spur Baryumsuperoxyd, kohlensaurem Baryt und etwas Manganosuperoxyd sind unwesentlich. Wegen der stattfindenden Chlor-entwicklung ist es bedenklich, ein derartiges Pulver in Krankenzimmern anzuwenden, indem die Athmungsorgane dadurch angegriffen werden. Der Preis für ein Schächtelchen, welches einen realen Werth von 6 Pfennigen hat, beträgt 15 Gr.

— Im Handwerker-Verein hielt am Montag Hr. Solowicz einen Vortrag über die Dienstbotenfrage, wies in demselben darauf hin, wie die Depravation unter den Dienstboten in erschreckender Weise zugenommen, schilderte den Lebensgang der meisten Dienstmädchen, und schlug als Mittel, der geistigen und materiellen Verkommenheit der Dienstmädchen abzuwehren, vor, einen Verein zur Besserung weiblicher Dienstboten ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe es sein sollte: 1) die Dienstmädchen an Haus und Familie zu fesseln, 2) denselben wöchentlich mindestens einmal einen Vortrag zu halten, wozu vielleicht die Damen des Frauenvereins bereit sein würden, 3) sie anzuhalten, den dritten Theil ihres Lohnes in der Sparkasse zu deponiren, 4) einen Prämienfond zu errichten, aus dem die treuen, guten Dienstboten, je nach der Länge ihrer Dienstzeit bei derselben Herrschaft, Belohnungen erhalten, 5) sich zu verpflichten, den Lohn der Dienstmädchen nach der Länge ihrer Dienstdauer bei derselben Herrschaft progressiv zu erhöhen, 6) den Mißbrauch der Kostgelder abzuschießen. Der Vortragende schloß mit der Hoffnung, daß es gelingen werde, einen derartigen Verein hier ins Leben zu rufen. Der Vorsitzende, Herr Dr. Wafner, bemerkte, anknüpfend an diesen Vortrag, daß die Ursachen der Nichtnützigkeit der Dienstboten namentlich in mangelhafter häuslicher Erziehung, sowie in schlechtem Schulunterricht liegen; diese Quellen des Uebels müsse man zu verstopfen suchen. Den Plan, zur Besserung der Dienstboten einen Verein zu gründen, billigt er, besonders wenn der Verein auch damit betraut werde, unter den Herrschaften bessere Anschauungen über diese Frage zu verbreiten. Er glaubt, daß es am besten wäre, wenn sich Herr Solowicz an Mitglieder des Frauenvereins und andere Menschenfreunde wenden wollte, um einen solchen Verein ins Leben zu rufen. — Herr Dehlschlager wies unter Vorlesung einer Urkunde aus dem hiesigen Stadtarchiv vom Jahre 1535 darauf hin, daß die Klagen über die Schlechtigkeit der Dienstmädchen sehr alt seien, und daß die Unredlichkeit, Putsch und d. d. damals unter denselben vielleicht noch mehr als gegenwärtig grassirt haben, wofür als steinernes Denkmal aus den Strafgeldern für Putsch seitens der Köchinnen damals die Rolandssäule (Pranger) vor dem Rathhause errichtet worden sei. Die Behauptung von der zunehmenden Verschlechterung der Dienstmädchen sei eine ebenso irthümliche, wie die von der zunehmenden Verschlechterung der Menschheit im Allgemeinen. Nicht unwesentlich trage zur Demoralisirung der Dienstmädchen in Posen das Institut des sogenannten „Dienstes um den Haushofmeister“ bei; auch gebe es hier in Wirklichkeit viele schlechte Herrschaften, bei denen kein Dienstbote lange aushalten könne. Wenn ein Dienstmädchen lange bei einer Herrschaft diene, so sei dies gleich ehrenvoll für Herrschaft wie für den Dienstboten. Wenn die Herrschaften, besonders die Hausfrauen, sich bemühen würden, durch gutes Beispiel, insbesondere durch Sparsamkeit, Arbeitsamkeit und Mangel an Putsch, den Dienstmädchen voranzugehen, dann würden sie sich auch bessere Dienstboten heranziehen. — Herr Solowicz empfahl in Betreff dieses letzteren Punktes den Frauen die Lektüre der „Osterbriefe für Hausfrauen“ von Franz Kewald. Mehrere der anwesenden Vereinsmitglieder fanden sich alsdann bereit, die Bildung eines Vereins zur Besserung von Dienstmädchen in die Hand zu nehmen. — Zum Schluß hielt Herr Dr. Vrieger noch einen Vortrag über Wien, der wegen der bereits vorgeschrittenen Zeit leider abgekurzt werden mußte. — Das Tanzfränzchen wird Sonnabend den 18. Januar stattfinden.

— Stenographen-Verein „Gabelsberger“. Nachdem der im Oktober vorigen Jahres begonnene Unterrichtskursus zu Ende geführt worden ist, nimmt der neue Kursus Mitte d. Mts. seinen Anfang und werden Anmeldungen hierzu in den Buchhandlungen von Spiro und Schlesinger entgegengenommen. Das Honorar beträgt mit Einschluß des Lehrbuchs 3 Thlr. und ist jedem Theilnehmer gestattet, nach Absolvierung des 1. Kurses die nächstfolgenden, abzuhaltenen Kurse unentgeltlich zu besuchen. Bei der Nützlichkeit der Stenographie, wie sich dieselbe nicht nur bei Aufnahme von Reden, sondern auch im Geschäftsleben durch Gebrauch der Stenographie als Korrespondenzschrift geltend macht, möchten wir auf die gebotene Gelegenheit zur Erlernung hiermit aufmerksam machen.

— In der Gartenstraße wurde am Montag Abends vor dem Hause der Warmherzigen Schwestern ein ausgelegtes 1½ Jahre altes Kind gefunden.

— Bei einer Schlägerei, welche am Montag auf der Bronsestraße zwischen Fleischergeßellen stattfand, trug einer derselben erhebliche Verletzungen von einem Messer davon.

— Verkauf. Das Dr. Matecki'sche Grundstück auf St. Martin ist für 58.000 Thlr. an Hrn. Michalski verkauft worden.

— Diebstähle. Montag Nachmittags wurde einer Dame bei Anknüpf des Zuges auf dem Oberbleichischen Bahnhof eine schwarze Leinwand gestohlen, in der folgende Gegenstände enthalten waren: ein 25-Thalerschein, ein Kupon über 20 Thlr., zwei Gebetbücher in polnischer Sprache, zwei Flaschen mit Wasser von Lourdes, eingewickelt in den „Kurzer Poza“, 1 Zahnbürste, 1 Scheere, 1 großes Brennglas und eine Handarbeit von Lilaband. — Gestohlen wurde ferner vor einigen Tagen in einem Hause der Wasserstraße eine Menge Leinwand, ferner aus einer unverschlossenen Stube in der Schubmachersstraße eine Zylinderuhr, und einem armen Tischlergeßellen, welcher hier eben erst zugewandert war, in einem Bierlokal sein „Berliner“ mit den darin enthaltenen Gegenständen.

— Birnbaum, 6. Januar. (Landwirtschaftliches Frauen-Verein.) In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins hiesigen Kreises machte der Vorsitzende zuerst Mittheilung über eingegangene Schriftstücke, Offerten, landw. Maschinen, Bauten, Dünge-mittel pp., wobei derselbe u. A. rieth, bei Nähmaschinen ein drittes Pferd vorn an der Deichsel anzupassen, um dem Hin- u. Herschlagen der letzteren vorzubeugen. Herr Dom-Bäcker Hecker empfahl die Graf Winterschen Kartoffel-Ausbe-Maschine zu 60 Thlr.; jedoch müssen die Reiben nach dem Marquiere auf 22 Zoll Weite geregelt werden; pro Maschine sind 10–12 Leute zum Auflösen nöthig, die aber noch ein Mal so viel sammeln, als sie aushacken würden. Zu längerer Debatte gaben die Phosphorite Veranlassung, wofür hier jedoch eben so wenig günstige Resultate sprechen, wie für die Stahlfur-

ter Kali-Salze. Hierauf wurde die Befestigung des Kesselfeines, dann der neue ungarische Maisch-Verzuckerungs-Apparat nach dem Hollefreundlichen Verfahren besprochen. — Von dem Schriftführer des Vereins, Herrn Pastor Hartnik wurden sodann die Holz-Cement-Dächer warm empfohlen und durch ein vorgelegtes Modell zur Ansicht gestellt. — Nach dem veröffentlichten Rechenschaftsberichte des hiesigen vaterländischen Frauenvereins betrug der Kassenbestand desselben am 1. Januar 1872 rund 185 Thlr. Durch Beiträge der Mitglieder sowie durch Zinsen wuchs die Jahreseinnahme bis auf 250 Thlr. verausgabt wurden überhaupt 107 Thlr., so daß am Jahreschlusse 1872 ein Kassenbestand von 143 Thlr. vorhanden ist.

— Bonif. 4. Jan. [Festessen.] Heute fand hier eine solenne Festlichkeit statt. Der Kammerer und Beigeordnete Ulmiz, ist nach einer fast 34jährigen, erfolgreichen Thätigkeit aus Gesundheitsrücksichten aus seinen Aemtern geschieden. Ihm zu Ehren veranstaltete der Magistrat im Fehner'schen Hotel ein Festessen, an welchem außer den Mitgliedern des Magistratskollegiums Beamte und Freunde des Jubilars theilnahmen. Das Fest verlief in der heitersten Stimmung und wird gewiß jedem der Theilnehmer eine freundliche Erinnerung sein.

— Schweren, 6. Januar. [Verkehrsverhältnisse.] Theuerung. (Kommunales.) Seit einigen Jahren, besonders seit dem die Chausseen, welche uns mit den östlich von uns liegenden Ortschaften verbinden, hergestellt sind, leben wir so theuer, wie die Bewohner der Vorstädte Posen, mit denen wir uns einigermassen vergleichen können. Ganz ist dieses deshalb nicht möglich, weil wir zwar posener Preise für unsere Lebensmittel zahlen müssen, aber diese nicht in der Güte erhalten, wie sie in Posen feilgeboten werden. Ein Grund hierfür, — wenn es auch nicht der einzige ist — ist die Nähe Posen, welche den Schmuggel mit Fleisch und Mehl erleichtert. Das Beste wird nach Posen geschleppt und wir müssen uns mit dem Schlechten begnügen. In andern Verhältnissen, besonders im Handel, macht sich die Nähe der großen Provinzialhauptstadt nicht gerade vorthellhaft fühlbar. Die regelmäßige Omnibusverbindung mit dieser macht es den Bemittelten leicht seine Einkäufe dort zu machen und der minder gut Situirte kann den Handel nicht beleben. Trotzdem sieht man es der Stadt an, daß sie eine gewisse Lebensfähigkeit besitzt. Wer das alte Schweren kannte und es im Geiste mit dem heutigen, neuen vergleicht, wird wohl kaum eine Ähnlichkeit zwischen beiden finden. Diese günstig veränderte Physiognomie verdankt unsern Städtchen seinen Kommunikationen, welche mehr regsame deutsche Elemente herbeigeführt haben. — So viel es die finanziellen Verhältnisse unseres Städtchens erlauben, ist auch für die Aufbesserung des Gehaltes unser Bürgermeisters gesorgt worden. Statt der früheren 400 Thlr. nebst freier Wohnung, erhält derselbe jetzt 660 Thlr. und Wohnung und wenn wir auch dieses nicht gerade für eine großartige Remuneration betrachten wollen, welche bei der hier herrschenden Theuerung vollständig ausreicht, so muß doch jeder billig denkende zugestehen, daß dieses Gehalt unsern Verhältnissen entspricht.

Betreffend die Konfiskation unserer Zeitung

ist uns folgender Beschluß des hiesigen Kreisgerichts mitgetheilt worden:

Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft betreffend die Beschlagnahme der Nr. 608 der hier erscheinenden Posener Zeitung vom 30. Dezember v. J.

hat das königliche Kreisgericht, Abtheilung für Strafsachen, in seiner Sitzung vom 7. Januar 1873, an welcher Theil genommen haben:

1) der Kreisgerichtsrath Groß als Vorsitzender,
2) " " Schmidt
3) " " v. Potworowski } als Beisitzer,

in Erwägung, daß die zu Nr. 608 der Posener Zeitung nach dem Schreiben der hiesigen königlichen Polizeidirektion an die hiesige königl. Staatsanwaltschaft vom 31. v. Mts., mittelst Versendung durch die Post veröffentlicht worden,

in fernerer Erwägung, daß der Seite 1 Spalte 1 derselben abgedruckte Artikel „Die Allokution des Papstes“ aus der jüngsten Weihnachts-Allokution des Papstes und zwar aus dem Texte derselben einen Passus in lateinischer Sprache und gleichzeitig eine deutliche Uebersetzung desselben enthält, in welcher letztere der Passus lautet:

Aber der sehr bittere Schmerz, welcher durch diese und andere der Kirche in Italien angethane Unthun uns bereitet wird, wird überdies nicht wenig vermehrt durch die grausamen Verfolgungen, zu deren Gegenstand sie anderwärts, und namentlich im neuen deutschen Reiche, gemacht ist, wo nicht nur mit heimlichen Nachstellungen, sondern auch mit offener Gewalt alle Mühe angewendet wird, um sie zu vernichten. Denn Leute, die unsere heilige Religion nicht nur nicht bekennen, sondern dieselbe auch gar nicht kennen, machen sich die Vollmacht an, über die Dogmen und Rechte der katholischen Kirche zu entscheiden, und während sie dieselbe in frecher Weise bedrängen, schämen sie sich nicht, in unverschämter Weise zu behaupten, daß sie ihr keinen Schaden zufügen, und indem sie so der Schmach die Verleumdung und den Spott hinzufügen, entblenden sie sich nicht, den Katholiken die Schuld an der stattgehabten Verfolgung zuzuschreiben. Sie klagen die Bischöfe, den Klerus und das gläubige Volk an, weil diese die Gesetze und Anordnungen des bürgerlichen Reiches nicht über die heiligsten Vorschriften Gottes und der Kirche setzen wollen, und es darum verweigern, ihren religiösen Pflichten in geringerem Grade nachzukommen. O! wenn doch die Regierer des öffentlichen Lebens, belehrt durch lange Erfahrung, sich schließlich überzeugen ließen, daß keiner ihrer Unterthanen besser, als die Katholiken, dem Kaiser giebt, was Cäsars ist, weil gerade diese sich befleißigen, im frommer Weise Gott zu geben, was Gottes ist;

in fernerer Erwägung: daß in diesem Passus der Allokution, dessen deutsche Uebersetzung im Wesentlichen richtig ist, zwar nicht eine nach § 95 des deutschen Strafgesetzbuches zu strafende Beleidigung des Bundes-Oberhauptes, welche die königliche Staatsanwaltschaft annimmt, gefunden worden;

in fernerer Erwägung jedoch: daß die von dem Papste in dem zu. Passus der Allokution behaupteten Thatfachen, daß die katholische Kirche im neuen deutschen Reiche wilden und wüthenden Verfolgungen unterworfen ist, und in demselben nicht allein mit geheimen Mordationen, sondern auch mit offener Gewalt daran gearbeitet wird, die katholische Kirche von Grund aus umzuwerfen, notorisch erdichtet und geeignet sind, die Anordnungen der Obrigkeit im deutschen Reiche verächtlich zu machen, auch die Absicht des Papstes bei der Allokution unzweifelhaft darauf gerichtet gewesen,

in fernerer Erwägung: daß daher der Inhalt des durch die Nr. 608 der Posener Zeitung veröffentlichten Artikels:

„die Allokution des Papstes“ den Thatbestand einer nach § 131 des deutschen Strafgesetzbuches strafbare Handlung darstellt, der objektiv strafbare Inhalt einer zur Veröffentlichung gelangten Druckschrift aber die Staatsanwaltschaft und deren Organe nach § 29 des Preßgesetzes berechtigt, die Druckschrift, wo sie solche zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, vorläufig mit Beschlag zu legen, ohne daß es einer Prüfung bedarf, ob Jemand und wer für die Druckschrift im preussischen Staate strafrechtlich verantwortlich ist, wie aus § 29 in Verbindung mit § 50 des Preßgesetzes hervorgeht,

in fernerer Erwägung: daß die Nr. 608 der Posener Zeitung vom 30. v. M. nach dem oben allegirten Schreiben der hiesigen Polizeidirektion im Expeditionslokal derselben, also an einem Orte, wo dieselbe zum Zwecke der Verbreitung sich befanden, vorläufig mit Beschlag belegt worden, auf Grund des § 131 des deutschen Strafgesetzbuches und der §§ 29, 33 und 50 des preuß. Preßgesetzes vom 12. Mai 1850 beschloffen:

daß die vorläufige Beschlagung der Nr. 608 der Posener Zeitung vom 30. Dez. v. J. aufrecht zu erhalten.

Groß. Schmidt. v. Potworowski.

Geschlechts- krankheiten,
Pollutionen,
Schwächezu-
stände, Impotenz, Weissfluss etc.
heilt gründlich in 3 bis 5 Tagen
briefl. und in seiner Poli-Klinik. **Dr.**
Helmsen, Berlin, Hegelplatz 1.

Drig.- und Antheillose, letztere
Loos $\frac{1}{4}$ 4 Th., $\frac{1}{8}$ 2 Th., $\frac{1}{16}$ 1 Th.,
 $\frac{1}{32}$ $\frac{1}{2}$ Th., versendet das erste,
seit 20 Jahren bestehende Gott.=
Comptoir von Scherck, Berlin
Breitestraße 10.

Sandstraße Nr. 5 ist eine große Stube und auch eine kleine Kellerstube sofort zu vermietthen.
C. A. Scholz daselbst.

Friedrichsstr. Nr. 19 im 2. Stock
eine Wohnung von 2 Stuben, Küche
und Kammer v. 1. April d. J. ab z. verm.

Gleich zu beziehen ein
Quartier
1. Stage, Markt Nr. 10, welches sich
auch zum Geschäft eignet.
Robert Keiler.

Graben Nr. 3c ist sofort eine Wohnung für 80 Tskr. zu vermieten.

Halldorffstr. 11 ist ein möbl. Zimm. für 1 Hrn. mit Belöst. z. verm. im Hofe lit. 18 part.

Wasserstr. 25 zwei Stuben im ersten
Stoß sofort zu vermiethen.
Zwei Parterrezimmer noch vorne ge-

Näheres bei **B. Machol**, Gr. Ger-
berstraße 26, Parterre links.

Eine sehr große Remise
zur Unterbringung von Pferden und
Droschken geeignet, ist sof. zu vermietb.
Näheres bei **B. Mahol**, Gr. Ger.
berstraße 36. Parterre links.

Ein großes Geschäfts-Lokal ist Breite
Straße Nr. 19. zu vermieten.

Zum 1. April d. J. sucht einen der polnischen Sprache mächtigen, unverheiratheten Wirthschaftsbeamten.
Dom. Bruno, Kr. Pleschen.

Dominiuum Neudorf bei Bentschen
sucht zum 1. April d. J. eine

Hof-Dirthin,
welche namentlich mit der Aufzucht des
Biejes, der Molken und dem Backen
vertraut ist und sich durch gute Zu-
niff hinsichtlich ihrer Tüchtigkeit ge-
nug ausweisen kann. Gehalt vor-
läufig 50 Thlr. (fünfzig) pro anno.

(gelernter Maurer oder Zimmermann),
im Zeichnen und Veranschlagen geübt,
findet sofort dauernde Stellung. Offer-
ten unter **G. M. 99** poste restante
Bojanowo.

Einen Lehrling sucht
Louis Tark's Buchhandlung.

1 Bademeister wird gef.
von **Gebrüder Pincus.**

Ein Kaufmännische findet Unterkommen
im Bureau des Rechts-Anw. **Pilet.**

Ein erfahrener, nicht zu junger, unverheiratheter deutscher Müller, der schon in großen Dampfmühlen gearbeitet, findet in hiesiger Dampfmühle gleich St. lung. Meldungen persönlich hier r.

Dom. Krowo bei Wstont.
Einen zuverlässigen, der d.utschen u.
polnischen Sprache mächtigen
zweiten Beamten
sucht vom 1. April d. J. Das Dom.
Chwalibogowo bei Breschen.

Weggen (per 20 Cemer). Kündigungs-
preis 5½. pr. San 5¼—5¼, Januar-Februar 5¼—½, Febr.-März 5¼
März-April —, Frühjahr 5½—½, April-Mai 5½—½
Spiritus [mit Saß] (per 100 Liter = 10,00 pCt. Traßes) Kündi-
gungspreis 17½. Gefühbit 20,000 Liter. pr. Januar 17½, Februar 17½,
März 17½, April 17½, Mai 18½, u. br.

[Privatbericht.] Wettert schön. Regen (pr. 1000 Kilogr.) er-
mattend. Kündigungspreis 5½ pr. Januar 5½ bz u. B., Jan-Febr. do,
Febr-März 5½ bz. u. B., Fräpjahr 5½ 5½ bz. u. B., April-Mai 5½ B.,
Mai Juni 56 B.

Spiritus (ps. 10,000 Liter pCt.) behauptet. Kündigungspreis 17½.
 Gefäßinhalt 10,000 Liter. per Januar 17½ bz., S. u. S., Februar 17½ bz. u.
 S., März 17½ bz. u. S., April 17½ bz. u. S., April-Mai 17½—17½ bz. u. S.,
 Mai 18½ bz. u. S., Juni 18½ bz., Juli 18½ bz.

Pofener Marktbericht vom 8. Januar 1873.

			P r e i s .								
			Höcster			Mittlerer			Niedrigster		
			Th.	Sgr.	Op.	Th.	Sgr.	Op.	Th.	Sgr.	Op.
Weizen	fein,	per 42 Kilogr.	3	20	—	3	12	6	3	10	—
"	mittel	" "	3	6	—	3	5	—	3	3	9
"	ordinär	" "	3	2	6	3	—	—	2	27	6
Roggen,	fein	40 " "	2	9	6	2	8	6	2	7	6
"	mittel	" "	2	6	—	2	5	—	2	4	—
"	ordinär	" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Große Gerste		37 " "	1	27	6	1	23	—	1	20	—
Kleine "		" "	1	25	—	1	21	3	1	20	—
Pasper		25 " "	1	7	6	1	3	—	1	1	6
Rotherbßen		45 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Futtererbßen		" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Winter-Rübsen		37 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Raps		" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sommer-Rübsen		" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" Raps		" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen		35 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln		50 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Biden		45 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eupinen, gelbe		45 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
" blaue		" "	1	7	6	1	5	6	1	3	9
Rother Klee		50 " "	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Belher		" "	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Bosener Privat-Marktbericht vom 8. Januar 1873.

Preis		Maaß		Maaß		Maaß	
Weizen:		feiner	88—86	Ähr.			
feiner.		mittel	83—86				
		ordinär und defekt	75—80				
Roggen:		feiner	56—57				
feiner.		mittel	54—55				
		ordinär	52—53				
Gerste:		feine	46—47				
beachtel.		mittel und ordinär	42—43				
Reisfrüchten:			75—82				
unverändert.							
Hafer:		feiner	27½—28½				
preisfallend.		mittel und defekt	25—26½				
Erbsen:		Roth-	53—55				
ruhiger		Butter-	48—50				
Oliven:		Raps					
beachtel.		Rübsen					
Wicken:			43—45				
offert							
Klee:		roth					
		weiß					
Wachweizen:			46—49				
beachtel.							
Lupinen:		gelbe					
		blanc					

Breslau, 7. Januar. Das Haupt-Geschäft konzentrierte sich heut auf Laura, welche zu reich steigenden Kursen in großen Summen umgelegt wurde. Deßhalb: Spekulationen-Effekten vernachlässigt, erst Ende der Börse entwickelte sich Begehr für Lombarden, welche etwas im Kurse gewannen. Bank vernachlässigt und Anfangs offirt, schlossen Ende der Börse ebenfalls begehrt. Wiener und Berliner Kurse bekannt und einflußlos. Die Arrangements im innern Raum der Börse, welche die Entzweiung des Geschäfts ungemein beeinträchtigen, waren noch immer nicht geändert. Kredit 204½ a ½ bez. u. Bd. Lombard 115½ a ½ bez. u. Bd. Franzosen 207½ Bd. Schles. Bank 164 a ½ bez. Wechsel-Bank 133½ a 33 bez. u. Bd. Junge Diskontos loslos. Mass.-r-Bank Anfangs 141 bez. schloß 142½ Bd. Eisenbahnen All. Fonds sehr begehrt und höher Indusrie-Effekten recht lebhaft. Laura in großen Posten 242 a 2½ a 241½, Etwas a 243 bracht. Ober-schlesisch Eisenbahnd. 153 a 155 gehandelt, blieben aber Notiz begehrt. Amerika gesucht und höher. Immobilien zu erhöhten Kursen leicht veräußert. Nachts se fest. Geld sehr flüßig. Decker. Wische beliebt. Prämien-Laura 245-5 a 249-6 bez. u. Br., Kredit 206½-2 bez. Lombarden 117½-14 bez. u. Bd. Schles. Bod.-Krd.-Pfandb. 96½ Br. Schles. Bod.-Krd. 105½ bez. u. Br.

Produkten - Börse.

Stettin, 7. Jan. [Wärtlischer Bericht.] Weiter. trübe. + 7° N. Barometer 28. 3. Wind: SW, kühlisch. — Weizen höher bezahlt, p. 2000 Pf. loco 50—62 Rt., besserer 63—73 Rt., feiner 74—83 Rt., pr. Jan 82 vom, Frühjahr 83 $\frac{1}{2}$ bz., $\frac{1}{2}$ U. G., Mai-Juni 83 $\frac{1}{2}$ bz., Juli-August 83 bz u. G. Roggen wenig verändert, p. 2000 Pf. loco 50—54 $\frac{1}{2}$ Rt., feiner bis 57 Rt. bz., pr. Jan. u. Jan.-Febr 54 $\frac{1}{2}$ bz., Frühjahr 56 $\frac{1}{2}$ bz. u. bz. U., Mai-Juni 56 bz. — Gerste behauptet, p. 2000 Pf. loco 50—55 $\frac{1}{2}$ Rt. — Hafer fikt. p. 2000 Pf. 38—44 Rt., Frühjahr 45 $\frac{1}{2}$ bz. — Erbsen stille p. 2000 Pf. 44—47 Rt., Frühjahr 48—49 bz. — Wintererbsen

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (H. Wäkel) in Wien

Börse zu Polen

8 Januar 1873.

Fonds. Polener 3½%, Pfandbriefe 9½%, do. 4½% u. 5½% do. 6½% do. Rentenbr. 9½% G., do. Prov.-Bantaktien 111 B., do. 6proz. Prov.-Obligat. 100½ G., do. 5½% Kreis-Obligat. 100½ bz., do. 5½% Ddra.-Kellinat.-Oblig. 100 G., do. 4½% Kreis-Oblig. 92½ G., do. 4½% Stadtob. II. Em. 90 G., do. 5½% Stadt-Oblig. 100½ G., preuß. 3½proz. Staatsschuld. 8½ G., preuß. 4proz. Staatsbail. 96 G., 4½proz. freim. do. 103½ G., do. 3½proz. Präm.-Anl. 124½ B., Rordb. Bundesanl. —, Rarkisch-Polener Eisenb.-St.-Aktien 57½ bz., russ. Banknoten 8½ bz., ausländische do. 90½ G., Tellus Aktien (Bauwerk Schlapowski, Maier & Co.) —, Oideutsche Bank 102½ G., Oid. Producten Bank 89½ B., Prov.-Bach. u. Disl.-Bank 97 G., Aktien Rswickel, Polocot & Co. —, poln. 4proz. Liquidationsbriefe 64½ B.

Privat-Cours-Bericht.
Tendenz: Fest und Lebhaft.

Posen, 8. Januar. Leidenschaft: Gest. u. b. lebhaft.

Pöfen. 3proz. Pfandbr.	93	Ⓒ	Pos. Pr. Wechsel, Disk. B	97	Ⓒ
dito 4proz. Pfandbr.	90 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Pos. Provincial-Bank	112	Ⓒ
dito 4proz. Rentenbr.	93 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ Ⓒ	Pos. Bau-Bank	—	—
dito 5proz. Prov.-Dbl.	100 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ Ⓒ	Schlef. Bankverein	163 $\frac{1}{2}$	Ⓒ
dito 5proz. Kreis-Dbl.	100	Ⓒ	Tellus-Aktien	112	b $\frac{1}{2}$
dito 4proz. Kreis-Dbl.	91	b $\frac{1}{2}$	Preuß. Kredit	146 $\frac{1}{2}$	Ⓒ
			dito Bodencredit	189	Ⓒ

Eisenbahn-Aktien.

Wachsmarkt	—	—
Bergisch-Märkische	—	—
Berlin-Görlitzer St. A.	—	—
Böhmische Westbahn	110½	Ⓕ
Brest-Grajewo	—	—
Crefeld, Kr. Remp. 6 pr.	—	—
Köln-Mindener	167½	Ⓕ
Salz. tier (Carl-Eudw.)	—	—
Salz. -Serau-Eub-n	65½	Ⓕ
dito Stamm-Prior.	—	—
Hannover-Altenbeden	—	—
Kronprinz-Rudolphsh.	79½	Ⓖ
Lüttich-Elmburg	—	—
Märktisch-Pos. St.-Alt.	57½ - 1/2	Ⓖ Ⓖ
dito Stamm-Prior.	84	Ⓖ
Magd.-Halberst. 3¼ pr. B.	—	—
Nesfir.-Franz. Staatsb.	—	—
Nesfir. Südb. (Rom.)	—	—
ultimo	116½	Ⓖ
Nikpreuß. Südbahn	—	—
Rechte Oderuferbahn	—	—
Reidenberg-Parabitz	—	—
Rhein-Nabe	44½	Ⓖ
Schwäb. Union	29½	Ⓖ
Dto Westbahn	51½	Ⓖ Ⓖ
Stargard-Posen	100½	Ⓖ
Rumanische	44½	Ⓖ Ⓖ
Berlin-Dresden Stamm	—	—

Sant. Estien.

Berliner Bankverein	—	—
dito Bank	—	—
dito Produkten-Handl.	—	—
dito Wechsel-Bank	58	Ⓔ
Breslauer Diskontobank	122	Ⓔ
Berliner Disk.-Komm.	—	—
Central-Cass.-Bank	—	—
Deutsh. hyp.-Bk. Berlin	—	—
Centralb. f. Ind. u. Hand	108	Ⓔ
Kwilecki, Bank f. Edw.	—	—
Münchener Kreditbank	—	—
Deffers. Kredit	205	Ⓔ
Oesterreich. Ban ^k	102	1/2 Ⓔ

Prämienfchlüsse: Rüdpr. Märl.-Pos. 56 $\frac{1}{2}$ /l.

Breslau, den 7 Januar. (Landmarkt.)

		In Ehlr., Ger. und St. pro 100 Kilogramms.											
		feine				mittle				ord. Baare.			
Kaffees der holländ. Wand-Deput.	Weizen No.	9	—	—	—	8	7	—	—	6	28	—	—
	do. g.	8	12	—	—	7	28	—	—	6	22	—	—
	Koggen	6	4	—	—	5	28	—	—	5	14	—	—
	W. a. p.	6	12	—	—	5	8	—	—	4	24	—	—
	Kafer neu	4	8	—	—	4	2	—	—	4	—	—	—
	Erbsen	5	12	—	—	4	27	—	—	4	17	—	—
Per 100 Kilogramm		feine				mittle				ord. Baare.			
Kaffee der holländ. Kommission	Kaps	10	2	6	—	9	17	6	—	9	2	6	—
	Winterrüben	9	12	6	—	8	27	6	—	8	5	—	—
	Sommerrüben	9	12	6	—	8	17	6	—	7	17	6	—
	Dotter	8	15	—	—	7	25	—	—	7	—	—	—
	Schlaglein	9	—	—	—	8	16	—	—	7	15	—	—

(Prsl. Dbls. Bl.)

Berliner Viehmarkt.

S. Berlin, Jan. Auf heutigem Viehmarkte waren an Schlachtwiege zum Verkauf angetrieben: 2520 Stüd Hornvieh, 6666 St. Schweine, 3234 Stüd Schafe, 1127 Stüd Kälber. — Die Befände erwiesen sich für alle Gattungen als zu groß, da nicht nur der Exporthandel sehr beschränkt blieb, sondern auch für den Inkonsum die Nachfrage außerst gering blieb. Für Hornvieh verlief der Markt geradezu flau und die Preise wurden stark gedrückt, ohne daß dadurch die Käufer in dem Maße herangezogen wurden, daß die Befände hätten geräumt werden können. Pro 100 Pfd. Fleischgewicht: erzielte Prima 18—19 Thlr., mittlere 14—15 Thlr., ordnare 12—13 Thlr. — Auch von Schweinen blieb ein sehr bedeutender Ueberschuß un verkauft am Markte. Beste fetts Kermwaare wurde bei schleppendem Handel mit 19—20 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt. — Von Hammeln fanden sie bei sehr Eiziere nur schwer Absatz, wiewohl diese sich noch so selbst im Preise behaupteten. Dieselben wurden pro 45 Pfd. Fleischgewicht mit 7½, auch wohl 8 Thlr. bezahlt; geringere Qualitäten blieben aber durchweg unverkauflich. — Von Kälbern blieben auch einige Befände zurück. Verkaufte Waare wurde mit knappen Mitteln abgesetzt.

Neueste Depeschen.

Paris, 7. Januar. Die erste Subkommission, welche heute bei Thiers vereinigt war, erzielte ein Einverständnis über die Theilnahme Thiers an den Sitzungen der National-Versammlung. Hiernach soll Thiers keinen Theil an den Beratungen nehmen, soll aber bei besonders wichtigen Veranlassungen zur Darlegung seiner Ansichten erscheinen. Die Sitzung wird in einem solchen Falle nach der Rede Thiers vertagt und erst am andern Morgen in dessen Abwesenheit die Beratungen fortgesetzt. Thiers ermahnte bei dieser Gelegenheit die Mitglieder der verschiedenen Parteien zur Versöhnung. Die zweite Subkommission hat die zweite Kammer im Principe angenommen.

Paris, 8. Januar. Von gut unterrichteter Seite kommende Nachrichten melden, daß im Befinden des Kaisers Napoleon eine nicht unerhebliche Verschlimmerung eingetreten ist.

Versailles, 7. Januar. [National=Versammlung.] In Folge des im Laufe des Tages gefaßten Beschlusses der äußersten Rechten wurde die Interpellation über die Demission Bourgoings eingebracht. Der Justizminister hob hervor, daß die Regierung hierbei den von Thiers angegebenen Weg einhielt und auch fernerhin einhalten wird, und bat wegen Remusat's Unwohlsein die Berathung zu verschieben. Die Berathung wird für Montag festgesetzt.